

Arbeitsmaterialien

Darstellende Künste in Deutschland Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Fragenkatalog.....	Seite 2
Die Antworten der Parteien im Überblick.....	Seite 6
Die Antworten der Parteien im Wortlaut	
Bündnis 90 / Die Grünen.....	Seite 11
CDU / CSU.....	Seite 17
Die Linke.....	Seite 22
FDP.....	Seite 28
Piratenpartei.....	Seite 35
SPD.....	Seite 39
Plattform Darstellende Künste. Informationen zu den Verbänden.....	Seite 45
Impressum.....	Seite 49

Fragen- katalog

Kultur in all ihren Ausprägungen ist die Lebens- und Wertgrundlage einer Gesellschaft. Sie ist zu schützen und zu fördern. Die Darstellenden Künste nehmen dabei als für alle Generationen identitätsstiftende Kollektivkünste einen wichtigen Platz in unserer Gesellschaft ein. Kein anderes Land pflegt seine Tanz- und Theaterlandschaft wie die Bundesrepublik Deutschland.

Die unter dem Namen „Plattform Darstellende Künste“ versammelten Verbände – Bund Deutscher Amateurtheater, Bundesverband Freier Theater, Bundesverband Theater im Öffentlichen Raum, Dachverband Tanz Deutschland, Dramaturgische Gesellschaft, Fonds Darstellende Künste, Internationales Theaterinstitut, Verband Deutscher Puppentheater – vertreten die Tanz- und Theaterschaffenden sowie deren Institutionen, die in nicht-öffentlicher Trägerschaft einen ständigen und seit Jahren wachsenden Beitrag leisten zur Versorgung weiter Bevölkerungskreise mit Tanz und Theater, zur offenen Teilhabe an der Praxis künstlerischer Ausdrucksformen, zur Pflege und Weiterentwicklung seltener wie auch neuer Formate wie auch zum internationalen Austausch von Künstlerinnen und Künstlern.

Die Tanz- und Theaterlandschaft in Deutschland steht auf zwei Säulen: die durch Kommunen und Länder getragenen Stadt- und Staatstheater einerseits, andererseits durch die Freien Tanz- und Theaterschaffenden. Für die lebendige Entwicklung der Darstellenden Künste in Deutschland wird es auch in der Zukunft wichtig sein, dieser zweiten Säule des deutschen Theatersystems, den Künstlern, die nicht durch öffentliche Trägerschaft und Tarifvereinbarungen gesichert sind, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bund ist dabei in

der Verantwortung Sorge zu tragen, insbesondere für die gesetzlichen Bedingungen der sozialen Sicherung, der Besteuerung und zentrale strukturpolitische Fragen. Er ist darüber hinaus auch ein wichtiger Akteur der komplementären Förderung wichtiger Vorhaben. Daher stellen wir die folgenden Fragen für die kommende Legislaturperiode:

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Soziale und wirtschaftliche Lage

Der Stellenwert der Freien Berufe für den deutschen Arbeitsmarkt nimmt kontinuierlich zu. Unter allen Freien Berufen nehmen die künstlerischen Berufe dabei eine besondere Stellung ein: Sie sind die mit Abstand größte Gruppe und verzeichnen zugleich das niedrigste Individualeinkommen. Liegen die Jahreseinkünfte aller freien Kulturberufe nach aktuellen Angaben der Bundesregierung im Schnitt bei lediglich 16.000 Euro, sind es im Teilbereich der Darstellenden Künsten durchschnittlich sogar nur rund 11.500 Euro. Der durchschnittliche Rentenwert aus der gesetzlichen Rentenversicherung liegt für die freien Bühnenschaffenden nach 40 Jahren Berufstätigkeit zurzeit bei unter 500 Euro monatlich (vgl. auch: Report Darstellende Künste, 2010).

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die

soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Im Zuge der Umsetzung europäischer Richtlinien (Umsatzsteuerrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie) stehen in Deutschland eine Reihe von steuerlichen Regelungen erneut im Fokus. So wird zurzeit beispielsweise im Rahmen der jährlichen Steuerfestsetzungen der Finanzbehörden u.a. die (bisher nicht bundeseinheitliche) Umsatzbesteuerung von freien Kulturberufen / Künstlern zu Ungunsten der betreffenden Personengruppen von einer Befreiung oder vom ermäßigten auf den normalen Umsatzsteuersatz verändert – auch rückwirkend. Zahlreiche Kulturverbände sehen in der Anwendung der genannten europäischen Richtlinien einen Widerspruch zum UN-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt und beklagen für die Bundesrepublik eine gravierende Rechtsunsicherheit.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

Kulturelle Vielfalt

Die Öffnung des Kulturbegriffs seit den 70er Jahren hat zu einer starken Bewe-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

gung von Künstlerinnen und Künstlern geführt, Kunst und Kultur auch in ländlichen Räumen oder in den sozialen Räumen der Städte zu verankern. Unter oft großem persönlichen Einsatz sind in ländlichen Gemeinden, Klein- und Mittelstädten sowie in den dezentralen Kiezen der Großstädte Zentren der Darstellenden Künste (wie der Künste insgesamt) entstanden, die wesentlich zu einer demokratischen Kultur, offenen Gesellschaft und Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen an Kunst und Kultur beitragen. Viele dieser Zentren und Initiativen stehen aktuell angesichts knapper kommunaler Kulturmittel sowie zusätzlich durch den bevorstehenden Generationenwechsel vor großen Herausforderungen die ihre Existenz bedrohen. Neben den Theaterhäusern und Kulturzentren haben sich die Theater im öffentlichen Raum in besonderer Weise der Auseinandersetzung mit dem urbanen Raum gewidmet. Ihre Arbeit zeigt exemplarisch, wie Kultur alle sozialen Schichten erreichen kann und wie Kultur im Zusammenspiel mit Städteplanung und Infrastruktur die Gestaltung des öffentlichen Raumes beeinflussen kann. Dabei gehört für die Kommunen Kultur nur zu den freiwilligen Leistungen und oft genug bedeutet dies, auch angesichts der grundgesetzlichen Schuldenbremse, Streichungen in der Kulturförderung. Bereits vor Jahrzehnten wurde das Umsatzsteuerrecht auf europäischer Ebene harmonisiert. Rechtsveränderungen der sogenannten Mehrwertsteuersystemrichtlinie zu Lasten der freien Kulturberufe und Künstler gab es zuletzt nicht. Doch stellten Finanzgerichte wiederholt fest, dass Deutschland das verbindliche europäische Recht – auch im Kunstbereich – nicht vollständig umgesetzt hat. Die daraus folgende Rechtsunsicherheit ist unzumutbar für die betroffenen Kunstschaffenden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden

Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Förderung

Vor allem Städte und Länder fördern Tanz und Theater. Aber auch der Bund hat wichtige, komplementäre Förderinstrumente. Trotzdem kommen viele Tanz- und Theaterschaffende im freien Bereich über die Situation, immer wieder nur einzelne Projekte realisieren zu können, nicht hinaus. Tanz und Theater sind jedoch Ensemblekünste. Diese brauchen Kontinuität. Die Möglichkeiten, auch als freier Choreograf oder Regisseur ein künstlerisches Kollektiv langfristig aufzubauen, bestehen in Deutschland aber kaum.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits

erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Zwischen den Förderinstrumenten des Bundes, der Länder und der Kommunen besteht eine Förderlücke: Während die überwiegende Mehrzahl der Instrumente auf Fördersummen bis 25.000 Euro beschränkt ist, setzt die Förderung der Kulturstiftung des Bundes im Bereich der offenen Projektförderung erst bei 50.000 Euro ein – dies bedeutet, dass selbst herausragende freie Tanz- und Theaterprojekte praktisch kaum in den Bereich einer auskömmlichen Produktionsförderung kommen können. Gleichzeitig hat sich die Zahl der qualifizierten Projektträger in den vergangenen Jahren vervielfacht. So kann der Fonds Darstellende Künste trotz der beschränkenden Höchstsumme nur rund jedes zehnte Vorhaben fördern.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich

differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

Ausbildung / Qualifizierung / Weiterbildung

Professionelle künstlerische Arbeit setzt nicht nur Talent, sondern in der Regel auch eine qualifizierte Ausbildung voraus. Vor privaten Ausbildungsangeboten bis zu den Künstlerischen Universitäten und Hochschulen verfügt Deutschland über ein dichtes Netz an Ausbildungsangeboten. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Ausbildungsangebote zu wenig auf den späteren Arbeitsalltag der künftigen Tanz- und Theaterschaffenden vorbereiten. Denn hier werden nicht die langfristige Sicherheit von Arbeitsvereinbarungen, sondern die Behauptung auf dem Arbeitsmarkt, immer wieder neue Arbeitsverhältnisse – ob mit festen Häusern oder freien Produktionen – die Regel sein. Künstlerische Karrieren sind daher von Umbrüchen und immer wieder neuen Herausforderungen geprägt. Weil etwa im Tanz durch die körperlichen Hochleistungen oft bereits mit 40 Jahren eine Neuorientierung erfolgen muss, unterstützen die Länder die Stiftung TANZ – Transition Zentrum Deutschland.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Strukturen

Die freien Darstellenden Künste leben von der Vielfalt unterschiedlichster künstlerischer Projekte, vom Wettbewerb der Ideen und individuellen Arbeitsweisen. Diese Vielfalt braucht zugleich Strukturen, die sich für die Rahmenbedingungen künstlerischer Arbeit einsetzen, Künstler über bestehende Fördermöglichkeiten informieren und zu beruflichen Fragen begleiten. Diese Aufgabe kommt den Verbänden der Tanz- und Theaterschaffenden zu, die zugleich Aufgaben in der fachlichen Zusammenarbeit mit der Politik übernehmen. Mit der Förderung des Bundes wurde es für Bundesverband Freier Theater und den Dachverband Tanz Deutschland möglich, professionelle Strukturen für diese Arbeit aufzubauen, für den Bundesverband Theater im öffentlichen Raum fehlt diese notwendige Unterstützung.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Tanz und Theater sind transitorische Künste. Während die Stadt- und Staatstheatern auch über die Kapazitäten verfügen, die Dokumente des künstleri-

schen Schaffens, von Proben und Auführungen zu sammeln und zu bewahren, existiert solch ein Archiv-Ort für die Freien Darstellenden Künste nicht. Angesichts der wachsenden Bedeutung freier Produktionsformen ist es aber notwendig, spezifische künstlerischen Arbeitsweisen zu bewahren, damit auch in der künstlerischen Ausbildung auf die Erfahrungen der freien Künstler aufgebaut werden kann und dieses Wissen auch der geisteswissenschaftlichen Forschung zugänglich ist. Ansätze bestehen im Tanz: Die historischen Materialien des Tanzes werden in den Tanzarchiven gesammelt und verwahrt. Die Tanzarchive sind jedoch für diese Aufgabe und insbesondere für die Herausforderung der Digitalisierung und Präsentation im Internet nur sehr begrenzt durch kommunale und Ländermittel ausgestattet.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Kultur- / Kreativwirtschaft und Darstellende Künste

In letzter Zeit ist das Zusammenspiel der drei Sektoren im Kulturbereich (Staat, Markt, Zivilgesellschaft) verstärkt in den Blick genommen worden. Dabei wurde vor allem auf die Rolle privatwirtschaftlicher Akteure in der Kultur- und Kreativwirtschaft fokussiert.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesonde-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

re in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Im Zuge der Beschäftigung mit Vermarktungsmöglichkeiten für Darstellende Künste werden auch entsprechende Plattformen (Festivals und Messen) diskutiert. Während es beispielsweise mit der Tanzplattform oder auch der Internationalen Tanzmesse NRW etablierte Veranstaltungen gibt, die auf ganz Deutschland und darüber hinaus ausstrahlen, fehlen entsprechende Formate für die Darstellenden Künste allgemein fast vollständig oder sind instabil. Die Theaterbiennale Impulse, welche als „Theatertreffen der Freien“ im gesamten deutschen Sprachraum große Aufmerksamkeit genießt, wird allein durch Förderer in NRW getragen und steht vor einer ungesicherten Finanzierungsperspektive. Unbestritten ist die entscheidende Rolle solcher Veranstaltungen für sowohl die nationale Sichtbarkeit wie auch für die nationale und internationale Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsformate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Europa

Europa kann nicht allein als einheitlicher Wirtschaftsraum begriffen und erlebt werden. Die Identifikation der Bürger in den Mitgliedsstaaten hängt ganz entscheidend davon ab, in welchem Maße sie das Zusammenwachsen in Europa auch als kulturelle Bereicherung erleben und in welchem Maße sie sich mit ihrer regionalen Kultur in Europa aufgehoben und gefördert sehen. Kulturaustausch und das internationale Agieren der Kunstschaffenden werden vielfach als Motoren einer europäischen Einigung begriffen. Die Europäische Union fokussiert mit dem neuen Programm „Kreatives Europa“ entsprechend der Strategie Europe 2020 auf die Ökonomisierung des Kultursektors. Diese Entwicklung steht in deutlichem Widerspruch zur Zweckfreiheit der Kunst und der sich daraus ableitenden wichtigen Impulse für kulturellen Entwicklung der Zivilgesellschaft. Insbesondere kleinere und mittlere Strukturen der Darstellenden Künste werden nach derzeitigem Stand nicht oder nur schwer am zukünftigen EU-Kulturprogramm partizipieren können. Noch völlig offen ist, wie die Kulturförderung neben der Medienförderung und der Kreativwirtschaft ausgestaltet wird.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

18. Wie stehen Sie zur Zusage einer nationalen Komplexen

tärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Plattform Darstellende Künste
 Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013
 Die Antworten der Parteien im Überblick

Frage	Bündnis90 / Die Grünen	CDU/CSU	Die LINKE	FDP	Piraten	SPD
1 Stellenwert der Kulturpolitik im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Beachtung der Empfehlungen der Enquete-Kommission Kultur des Deutschen Bundestages (2007)	Kulturpolitik ist essentieller Bestandteil des grünen Gesellschaftsbegriffs. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ sind Inspiration und Leitfaden; Beschluss der Fraktion für ein „Maßnahmenpaket“ zur sozialen und wirtschaftlichen Lage und Antrag im Bundestag zu transparenten Förderkriterien im Bundestag (BT-Drs. 17/12196)	Fortführung des bisherigen Kurses, indem mit dem Kulturhaushalt Bewährtes weiter unterstützt und zugleich neue Schwerpunkte gesetzt werden. Dies gilt für das kulturelle Erbe ebenso wie für zeitgenössische Kunst, für Breitenkultur ebenso wie für künstlerische Spitzenleistungen. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar.	Juni 2013: Programm zur Bundestagswahl mit umfangreichem Kulturteil: „Zukunft ist ein kulturelles Programm“; Verbesserung der Rahmenbedingungen kultureller Arbeit und insbesondere der sozialen Lage von Kreativen; auch in der neuen Legislaturperiode. Antrag für Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz auch in neuer Legislaturperiode. Zuletzt: Antrag für die Aufstockung der KSB-Mittel um 10 Mio., um die 5 Förderfonds besser auszustatten. Empfehlung: Erhöhung des Fonds Daku auf 2 Mio. Euro	Für Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz (analog Antwort auf Wahlprüfsteine Kulturrat 2009), Kultur ist „ideelle Lebensgrundlage“ und zentrales Identifikationsmoment unserer Gesellschaft“. Verweis auf Schaffung des Amtes des Staatsministers für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Etaterhöhungen für Kulturbereich im Auswärtigen Amt, BKM, und BWM	Die Piratenpartei ist eine Kulturpartei und begreift jeden Mensch als kulturaktives Wesen; jeder Mensch soll uneingeschränkt Zugang zu medial verfügbaren künstlerischen Inhalten haben um sich bilden, erfreuen und inspirieren zu lassen. Die föderale Kulturhoheit der Länder steht der Entwicklung gemeinsamer Identitäten im Wege; der kulturelle Lebensraum hat keine regionalen Bezüge mehr, sondern bezieht sich auf die Individualität der Menschen, die Kunst erzeugen und nutzen	SPD als Partei der Arbeit, Kulturpolitik als Politik für kreative Arbeit; eingebrachte Initiativen berücksichtigen in hohem Maße die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission, z.B. Unterstützung für Stiftung Tanz – Transition Zentrum und Geschäftsstelle des Bundesverbandes Freier Theater, Stabilisierung der KSK, Umsatzsteuerbefreiung für Regisseure und Choreografen
2 Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen zur sozialen Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern gibt es? Stellenwert der Künstlersozialkasse?	Maßnahmenpaket zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlerinnen und Künstlern (u.a. branchenspezifische Mindestgagen im Falle einer Bundesförderung). Langfristig: Einführung Bürgerversicherung unter Beibehaltung der Prinzipien der KSK. Bessere Erfassung und Kontrolle des Kreises der Abgabepflichtigen gemäß KSVG	CDU/CSU tritt für den Erhalt und die dauerhafte Stabilität der Künstlersozialversicherung ein. Dabei ist es vorrangiges Ziel, einen Anstieg des Abgabensatzes zu verhindern	Entscheidend: Verbesserung der Einkommenssituation, Mindesthonorare und Reform des Urhebervertragsrechts; KSK erhalten und ausbauen. Einzahlungen aller Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen in die KSK; konsequenter Prüfung durch Deutsche Rentenversicherung. Weiterentwicklung der KSK; offener Kunstbegriff für die Aufnahme neuer Berufsgruppen im künstlerischen und kulturellen Bereich in die KSK. Lösungen für die wachsende Zahl von kurzzeitig, unständig und in wechselnden Erwerbsformen im Kulturbereich Beschäftigten und als Selbständige und Freiberufler in anderen Berufsfeldern Tätige finden und Öffnung der Sozialsysteme für diese Gruppen bzw. Zugang zu dem kompletten Leistungspaket der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Grundversicherungssysteme durch armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherungssysteme ersetzen. Gründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit verbessern	KSK als sozialpolitische Errungenschaft, Einbeziehung der Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung wird abgelehnt, Riester-Förderung für alle, Künstlersozialversicherung hat FDP mitgegründet, soll erhalten und fortentwickelt werden. Private Absicherung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit, Zurechnungszeiten schrittweise auf 62 Jahre anheben und Bewertung des der Rentenberechnung zugrunde liegenden Einkommens verbessern. Steuererleichterung für private und betriebliche Altersvorsorge. Freiwillige Weiterversicherung bei Arbeitslosenversicherung	Erhöhung des Bundeszuschusses mit Neuregelungen in der KSK; die Diversifizierung zu immer kleineren Kreativzellen braucht eine Umdeutung der Abgabepflicht der KSK. Wirtschaftlich stärkere Auftraggeber müssen stärker in die Pflicht genommen werden als kleine Marktteilnehmer; bessere Regelungen für gemeinsam schöpfende Künstler, mehr Transparenz und ein schnelleres Aufnahmeverfahren für Künstler. Neuordnung des Rentensystems, alle bestehenden Rentensysteme werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt; in die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein	Zugang zu den Sozialversicherungen muss unabhängig von abhängiger oder selbständiger Tätigkeit möglich sein; gilt auch für Arbeitslosenversicherung; Arbeitslosenversicherung schrittweise zur Arbeitsversicherung umbauen; Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln; mit erschwinglichen Beitragssätzen für Selbständige; Künstlersozialkasse ist notwendiges System der sozialen Sicherung
3 Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler. Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler nach gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern?	Rechtssicherheit für die steuerliche Beurteilung von allen Bühnenschaffenden herstellen; kurzfristig rechtssichere Klärung offener Steuerfragen, langfristig Gleichbehandlung der an öffentlichen Theatern urheberrechtlich schaffenden Kreativen an. Europäisch harmonisierte Umsatzsteuerreform; Steuerermäßigungen für Kulturschaffende beibehalten	Aus kulturpolitischer Sicht ist eine möglichst geringe steuerliche Belastung der Kreativen grundsätzlich wünschenswert. (...) Allerdings haben die Verhandlungen zur Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenschauspieler und -choreografen an öffentlichen Theatern gezeigt, dass Steuerermäßigungen außerordentlich schwer durchzusetzen sind	Nach der Umsatzsteuerbefreiung der Bühnenschauspieler und Choreografen, aber auch für Bühnen- und Kostümbildner. Die Begründung der besseren Durchsetzungsfähigkeit für die Umsatzsteuerbefreiung dieser Künstlergruppe wird nicht geteilt. Generell ermäßigter Umsatzsteuersatz von 0% im Kulturbereich, weil wesentliches Instrument indirekter Kulturförderung	Forderung nach bundeseinheitlicher Steuerverwaltung	Umsatzsteuerbefreiung für unmittelbar an künstlerischen Werken beteiligte Mitarbeiter, sofern sie freiberuflich tätig sind. Alle Kulturschaffenden, die ihren Lebensunterhalt mit kreativer und artbezogener technischer Arbeit bestreiten, sind für die Piraten Künstler	Rechtsunsicherheit beenden; in der Steuergesetzgebung des Bundes sind die Möglichkeiten zur steuerlichen Begünstigung der Kulturschaffenden, die die europäische Mehrwertsteuersystemrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt, zu beachten; auf einheitliche Umsetzung in den Ländern drängen
4 Welche Möglichkeiten sehen Sie, die kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten zu unterstützen? Im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen	Entlastungen der Länder und Kommunen um in den Kommunen Spielräume für freiwillige Aufgaben, insbesondere auch im Bereich der Kultur und der dafür notwendigen Infrastruktur zu schaffen	CDU/CSU waren Initiator und maßgeblicher Motor für die Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zum Erhalt des immateriellen Kulturerbes. Dabei fühlt sich die CDU/CSU dem Amateurtheater sowie den Minderheitensprachen besonders verpflichtet. Für die CDU/CSU hat Priorität, das Programm „Kultur macht stark“ fortzuführen und womöglich auszubauen	Budgetaufstockung Fonds Soziokultur; Engagement in Ländern und Kommunen für ausreichende Finanzausstattung, um kulturelle Infrastruktur in ihrer Breite erhalten und weiterentwickeln zu können. Erarbeitung von Kulturentwicklungskonzeptionen für Regionen und spartenübergreifende Kulturfördergesetze mit notwendiger Finanzfestschreibung; Partizipationsrechte der Minderheiten stärken; angemessene Ausstattung der Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der Minderheitensprachen und Kulturen	Weitere Förderung von Sprache und Kultur der Sorben, Sinti und Roma, Dänen und Friesen sowie der deutschen Minderheiten im Ausland	Breite polyzentrische Förderung aller Kulturformen mit minimalen staatlichen Vorgaben, keine Leuchtturmpolitik, größere Transparenz insbesondere bei der Förderung von Projekten für Kinder und Jugendliche; Überprüfung der Förderprogramme des Bundes	Bund und Länder müssen die kommunale Finanzkraft nachhaltig stärken; Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen und die Entlastung der Kommunen; sog. freiwillige Leistungen dürfen nicht untereinander oder gegen Pflichtleistungen ausgespielt werden. Bestehende Instrumente wie Fonds Darstellende Künste und Kulturstiftung des Bundes unterstützen die Arbeit vor Ort; auch Städtebauförderung und Programm Soziale Stadt wirken in diese Richtung

Plattform Darstellende Künste
Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013
Die Antworten der Parteien im Überblick

Frage	Bündnis90 / Die Grünen	CDU/CSU	Die LINKE	FDP	Piraten	SPD
<p>5 Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Bedeutung von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?</p>	<p>Stärkung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren, um soziokulturelle Aktivitäten bundesweit besser als bisher fördern zu können</p>	<p>Beispielsweise könnten nach dem Vorbild Sachsens Kulturraumgesetze geschaffen werden, die einen stärkeren Austausch der Kulturräume organisieren. Weitere Ansatzpunkte bestehen in der Unterstützung künstlerischer Kleinunternehmer durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft oder in der Beschäftigung von Künstlerinnen und Künstlern im Rahmen des Programms „Kultur macht stark“, beispielsweise in Ganztagschulen</p>	<p>Auf allen Ebenen ressortübergreifender Ansatz und Erarbeitung von Kulturentwicklungskonzeptionen, insbesondere in Kommunen und im ländlichen Raum. Kulturpolitik ist auch Stadtentwicklungspolitik bzw. Regionalpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und umgekehrt. Kultur braucht auch nutzbare und bezahlbare Räume und Flächen, gesichert über Stadtentwicklungspolitik. Mittel der Struktur- oder Beschäftigungsförderung für zusätzliche tariflich abgesicherte Arbeitsplätze und Erhalt von Kulturstrukturen</p>	<p>„ÖPNV als Grundvoraussetzung für die Teilhabe an Kultur“. Gleichwertigkeit von Förderung kultureller Vielfalt und aktivierender Kulturarbeit mit kultureller Spitzenförderung bei Vergabe öffentlicher Mittel. Förderung der Digitalisierung der Kinos, Entwicklung eines kulturellen Infrastrukturplans in interkommunaler Zusammenarbeit, Substanzerhaltungs- und Restaurierungsprogramme des Bundes für unbewegliche Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung</p>	<p>Mehr Transparenz; Budgets dürfen nicht zweckentfremdet werden; Kultur soll nur um ihrer selbst Willen ohne politische Forderungen gefördert werden.</p>	<p>Für ressortübergreifenden Ansatz, der die Zusammenhänge zwischen Kultur, Sozialem, Bildung und Stadtentwicklung im Blick hat; Mittel der Struktur- und Beschäftigungsförderung für die Kultur mitbedenken</p>
<p>6 Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, sodass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?</p>	<p>Ja</p>	<p>CDU/CSU treten dafür ein, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene gerecht werden und wollen gemeinsam die Verlässlichkeit der Finanzausstattung der Kommunen sichern. CDU/CSU werden diese Frage zum Gegenstand der geplanten Föderalismuskommission machen.</p>	<p>Stärkung der Finanzausstattung der Kommunen, um die Kulturförderung vor Ort zu sichern. Umfassende Gemeindefinanzreform, um den kommunalen Anteil am gesamten Steueraufkommen deutlich anzuheben (in der BRD nur ca. 15%). Einnahmen der Kommunen stärker von der konjunkturellen Entwicklung loslösen; Kulturausgaben nicht an aktuelle Kassenlage koppeln. Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer. Entrichtung durch alle Gewerbetreibende, Selbständige und Freiberufler, verbunden mit Erhöhung der Freibeträge für kleine und mittlere Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler. Gewerbesteuerumlage an den Bund sofort streichen. Mittelfristig schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an die Länder.</p>	<p>„Kultur ist ...eine Sache der örtlichen Daseinsvorsorge“. Basis: stabile kommunale Finanzen, dafür: Anwendung des Konnexitätsprinzips, Reform der Gewerbesteuer, Förderung auf Bundesebene durch Projektförderung der KSB.</p>	<p>Kultur ist das Identifikationsmerkmal einer Gesellschaft, deswegen mehr Kulturförderung in den Kommunen um die kulturellen Angebote für viele Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.</p>	<p>Ja</p>
<p>7 Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerischen Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?</p>	<p>Soziale Absicherung verbessern sowie Länder und Kommunen entlasten. Kulturstiftung des Bundes hat Möglichkeit zur Förderung der Arbeit freier Ensembles, speziell im Bereich Tanz und Darstellende Kunst. Justierung von Förderprogrammen nach Kriterien von Transparenz und Teilhabe</p>	<p>Der Bund ist nicht für die Kulturförderung zuständig. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt Theaterprojekte mit überregionaler oder internationaler Ausstrahlung. Die Kulturstiftung des Bundes vergibt darüber hinaus Fördermittel beispielsweise für Theaterprojekte über den Fonds Darstellende Künste. Daran wird festgehalten</p>	<p>Keine Schließungen und Privatisierungen von öffentlichen Theatern und Spielstätten, kein Abbau von Personal, und Wegfall ganzer Sparten; auskömmliche und verlässliche Finanzierung. Stärkere Öffnung der Theater für die freie Szene und stärkere Kooperation. Aufstockung der Mittel für die freie Szene und eine verlässliche längerfristige Förderung. Qualität braucht auch Kontinuität</p>	<p>Erweiterung des bestehenden Innovationsbegriffs um nichttechnologische Elemente zur Erschließung bestehender Finanzierungsinstrumente für die Kultur- und Kreativwirtschaft</p>	<p>Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die Existenz aller Menschen in Deutschland sichert, ohne Gegenleistungen zu verlangen</p>	<p>Projektförderung ermöglicht einerseits, immer wieder auch Neuem und Innovativem die Chance zu geben; begrenzt aber längerfristige Perspektiven; daher Förderung von kultureller Infrastruktur und künstlerischen Konzepten in Bereichen zu testen, in denen es passend ist; mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen mit begleitender Evaluation</p>
<p>8 Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Muss öffentliche Förderung so bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?</p>	<p>Gesamtstaatliche und internationale Ausstrahlung als Kriterium einer Bundesförderung reichen nicht; Willkür und Intransparenz beenden; Transparenz und Gleichberechtigung sowie verbindliche soziale Mindeststandards bei einer Förderung durch den Bund einführen (Mindesthonorare bzw. tarifliche Entlohnung)</p>	<p>CDU/CSU sehen keinen Anlass, die derzeitige Praxis der Projektförderung des Bundes grundsätzlich in Frage zu stellen. Für viele Fördertatbestände bestehen demnach spezifische Kriterien. Darüber hinaus muss es weiterhin Spielraum für die Umsetzung von parlamentarischen Beschlüssen bzw. Entscheidungen geben. Was die Einhaltung sozialer Mindeststandards betrifft, geht die CDU/CSU im Grundsatz davon aus, dass jeder qualifizierte Arbeitnehmer an staatlich finanzierten Kulturbetrieben angemessen entlohnt wird</p>	<p>Einhaltung sozialer Mindeststandards bei der Projektförderung; angemessene Vergütung der Kreativen. Unterstützung der Förderung nach Honoraruntergrenzen, die sich an den Tarifverträgen deutscher Stadttheater orientieren. Festschreibung in den jeweiligen Förderkriterien und Aufstockung mit den dafür erforderlichen Mitteln, um nicht deutlich weniger Projekte zu fördern</p>	<p>„Ein direkter Einfluss (der Politik) ist nicht möglich und nicht gewollt.“</p>	<p>Noch keine Beschlüsse gefasst</p>	<p>Vergabe von öffentlichen Fördermitteln im Kulturbereich muss auf die soziale Qualität der Arbeitsbedingungen von Kultur- und Kreativschaffenden achten; in den Förderkriterien der Kunst- und Kulturförderung des Bundes muss die Einhaltung bestehender Tarifverträge und sozialer Mindeststandards verbindlich gemacht werden</p>

Plattform Darstellende Künste
 Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013
 Die Antworten der Parteien im Überblick

Frage	Bündnis90 / Die Grünen	CDU/CSU	Die LINKE	FDP	Piraten	SPD
<p>9 Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Kulturförderfonds (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?</p>	<p>Einsatz für Erhöhung der Zuwendung an den Fonds Darstellende Künste in der vergangenen Legislaturperiode</p>	<p>CDU /CSU setzen sich weiterhin für eine Stärkung der Fonds unter dem Dach der Kulturstiftung des Bundes (KSB) ein, sowohl finanziell als auch strukturell. Zu prüfen ist, inwieweit die Fonds zukünftig direkter und gezielter unterstützt werden können. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob es für eine starke finanzielle Förderung der Darstellenden Künste neuer Förderstrukturen bedarf</p>	<p>Aufstockung der KSB um 10 Mio. Euro, um die Förderfonds und die sog. Freie Szene, insbesondere zeitgenössische Kunstprojekte, besser fördern zu können. Für den Fonds Soziokultur Erhöhung um mindestens 25 %, den Übersetzerfonds Aufstockung auf 1 Mio. Euro und Fonds Daku auf 2 Mio. Euro. Veränderung der 1/7 Klausel in der Satzung der KSB über einen Beschluss des Haushaltsausschusses und des Stiftungsrates nötig. Einrichtung Fonds zur Förderung von neuer, zeitgenössischer Musik; auch elektronische Musik und andere aktuelle musikalische Spielarten, die sich allein über den Markt nicht finanzieren können. Klare Aufgabenteilung und Abgrenzung zur Initiative Musik. Ansiedlung bei der Bundeskulturstiftung oder beim Deutschen Musikrat</p>	<p>„Die 1/7 Regelung der KSB ... (ist) hinderlich für eine flexible Erhöhung der Fonds.“ Ziel ist bessere Ausstattung der Fonds</p>	<p>Noch keine Beschlüsse gefasst</p>	<p>Die SPD hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen wiederholt dafür eingesetzt, die Mittel zu erhöhen, damit gemäß ihres Auftrages mehr Projekte realisiert werden können. Modellprojekte zur Förderung von kultureller Infrastruktur und künstlerischen Konzepten in Bereichen testen, in denen es passend ist</p>
<p>10 Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren? Muss der Bund das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie prioritär sehen?</p>	<p>Förderinstrumente von Ländern, Kommunen und Bund besser abstimmen. Alle künstlerischen Sparten (Musik, bildende Kunst, Literatur und darstellende Künste) annähernd gleichberechtigt fördern</p>	<p>Siehe 9</p>	<p>Erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste mit denen der Länder und Kommunen korrespondieren und auch den Besonderheiten bei der Produktion Rechnung tragen; Neujustierung der Förderstrukturen und Fördervolumina auf der Ebene des Bundes und auch der Länder und Kommunen zugunsten der Freien Szene und insbesondere der Freien Darstellenden Künste ist dringend nötig</p>	<p>„...noch keine abschließende Meinung gebildet.“</p>	<p>Noch keine Beschlüsse gefasst</p>	<p>Notwendige Kooperation zwischen Bund und Ländern, als auch Gewichtung zwischen einzelnen Förderbereichen erfordern eine grundsätzliche Neuausrichtung der Kulturförderpolitik des Bundes; Nachdenken über die Strukturen und Instrumente der Kulturförderung notwendig; Beispiel einer konzeptbasierten Musikförderung durch Gutachten und Diskussionen bereits in Arbeit, dieser Diskurs soll fortgesetzt werden</p>
<p>11 Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen? Wie können Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden?</p>	<p>Verbesserung der lebenslangen, künstlerischen (Aus-)bildung. Eine Schlüsselrolle kommt dabei ZAV-Künstlervermittlung zu, deren Vermittlungsangebot auch für Berufsanfänger/innen zugänglich sein muss. Schaffung von Ombudsstellen in den Jobcentern. Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung neu gestalten, sodass u.a. ein Anspruch für den entsteht, der innerhalb von 24 Monaten 4 Monate einzahlt</p>	<p>CDU / CSU wollen in den nächsten vier Jahren eine „Nationale Initiative Weiterbildung“ anstoßen. Ein wichtiger Baustein wird dabei eine passgenaue Weiterbildungs-Beratung sein. Zudem werden die künstlerischen Hochschulen im Rahmen eines lebensbegleitenden Lernens Weiterbildungsprogramme anbieten müssen, nicht zuletzt um ihre Existenz in Zeiten des demografischen Wandels zu sichern. Die Finanzierung entsprechender Studiengänge könnte beispielsweise durch zinsgünstige Studienkredite finanziert werden</p>	<p>Schon in der Ausbildung wie auch in nachfolgenden Informations- und Bildungsangeboten sollte der Doppelcharakter von Kultur als ideelles Gut und als Ware eine Rolle spielen. Neben der künstlerischen Ausbildung auch Vermittlung von Wissen über gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge; wirtschaftliche und unternehmerische Aspekte, Selbstvermarktung. Keine einseitige betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Blick für die Komplexität von Verwertungsprozessen und Förderstrukturen weiten; auch auf die Nutzer in der Differenziertheit ihrer Erwartungen und Aktivitäten. Genereller Perspektivenwechsel in der Kulturpolitik und Kulturarbeit: weg von einer reinen Angebotskultur hin zu einer Kultur, die die „Nutzer“ als Akteure im Kulturprozess ernst nimmt</p>	<p>„Eine unmittelbare politische Intervention ist ...nicht erforderlich.“</p>	<p>Förderung des lebenslangen Lernens: ein offenes Bildungssystem für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten für alle Altersgruppen ausgerichtet an individuelle Bedürfnisse. Bereitstellung von kostenfrei zugänglichen flexiblen Lehrangeboten, von Lehrmaterialien und individuellem Coaching. Bildungsgrundeinkommen statt BAföG-Leistungen</p>	<p>Breite Diskussion hierzu im „Kreativpakt“; neue Maßstäbe an die Aus- und Weiterbildung in künstlerischen Berufen anlegen; Fördermaßnahmen an die Bedürfnisse der Kreativschaffenden anpassen; flankierende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Kreativberufe verbessern; Kooperationsverbot im schulischen und Hochschul-Kontext abschaffen</p>

Plattform Darstellende Künste
Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013
Die Antworten der Parteien im Überblick

Frage	Bündnis90 / Die Grünen	CDU/CSU	Die LINKE	FDP	Piraten	SPD
12 Welche Bedeutung hat die fachliche Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?	Stärkung der Strukturen und der Unabhängigkeit der Künstlerverbände	Im Interesse der Vielfalt an Kooperationen, Netzwerken und Modellen wollen wir prüfen, inwieweit dem Bundesverband Theater im öffentlichen Raum eine Förderung für eine bundeseinheitliche Vertretung im Interesse des Freien Theaters eröffnet werden kann.	Die Zusammenarbeit mit Künstlerverbänden hat generell einen hohen Stellenwert. Arbeitsprinzip der staatlichen und parlamentarischen Akteure sollte sein, den fachlichen Rat schon im Vorfeld von Entscheidungen einzuholen. Da-zu brauchen die entsprechenden Verbände feste Strukturen und finanzielle Unterstützung. Auch der Bundesverband Theater im öffentlichen Raum soll diese Unterstützung erhalten	„Die weitere Professionalisierung innerhalb der Strukturen muss selbst aus den Verbänden heraus erfolgen.“	Eine intensive Kommunikation mit den Künstlerverbänden als Voraussetzung für gute und sinnvolle politische Lösungen	Sehr an einem offenen Austausch mit Vermittlern der Interessen der Kultur- und Kreativschaffenden interessiert; auch für Finanzierung der BUFT-Geschäftsstelle eingesetzt
13 Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?	Digitalisierung und Archivierung von „flüchtigen“ Künsten, wie Theater und Tanz, vorantreiben und Zugänglichkeit sichern. Abbau entsprechender Hürden – dazu Koordinierung von Netzpolitik mit der Kultur- und Medienpolitik. Ansprüche der Urheber auf faire Vergütung mit den Interessen der Verwerter und den technischen Möglichkeiten nach bildungspolitischen Zielen und datenschutzrechtlichen Prioritäten in Einklang bringen	Um das kulturelle Erbe im gebotenen Umfang verfügbar zu machen, will die CDU/CSU die urheberrechtlichen Vorschriften so konkretisieren, dass die Nutzung audiovisueller Werke für Bildung und Forschung erleichtert wird. Denkbar sind beispielsweise digitale Pflichtexemplare oder das Vorhalten mehrerer Vielfältigungen auf unterschiedlichen Speichersystemen	Nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten und Schaffung von Strukturen, die Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erheblicher Änderungsbedarf beim Urheberrecht und bei nationalen Digitalisierungsprogrammen. Anträge dafür im Bundestag eingebracht. Bundesprogramm zur Digitalisierung des kulturellen Erbes mit Mitteln in Höhe von 30 Mio. Euro auflegen und in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen umsetzen	Konzentration auf Kooperationsförderung, Stärkung des Wertes des geistigen Eigentums, keine grundlegende Revision des Urheberrechts. Zur Rechtsdurchsetzung verstärkte und ernsthafte internationale Zusammenarbeit. Weitere Digitalisierung von Kulturgut im Rahmen der DDB, Fokus auf die Langzeitarchivierung	Umfassende Aufzeichnung und unbeschränkte digitale Verfügbarmachung der öffentlich geförderten Theater-, Tanz-, Oper- und Musiktheaterproduktionen. Unterstützung und Förderung nationaler und europäischer Digitalisierungsprogramme. Stärkung der Rechte der Urheber gegen-über den Verwertern z.B. die der Künstler gegenüber den Theaterinstitutionen und den Theaterverlagen	Wichtig, die künstlerische Arbeit in Tanz und Theater zu dokumentieren; Unterstützung einer Bundesförderung für die Mediathek für Tanz und Theater (Mime Centrum); Kulturelles Erbe insgesamt betrachten und Deutsche Digitale Bibliothek als wichtiges, gesellschaftliches Archiv wahren; dazu Herausforderungen Urheberrecht und Digitalisierungsstrategie angehen
14 Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen?	Privates Kultur-Sponsoring allein kann den öffentlichen Kulturauftrag nicht erfüllen. Der Staat muss aber faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende / Kreative garantieren und durchsetzen	Nach Meinung von CDU/CSU stehen öffentliche Kultur- und Kulturwirtschaft in einem engen Wechselverhältnis. Kultur ist nicht nur selbstgenügsam, sondern ein Wirtschaftsmotor. Ziel ist es, die Bedingungen für gewerblich und freiberuflich arbeitende Künstler und Kulturschaffende in Deutschland weiter zu verbessern. Bewährt haben sich dabei insbesondere die Kompetenzzentren: Mit ihren Informationsangeboten tragen sie dazu bei, den Zugang zu bestehenden Fördermaßnahmen zu verbessern, die Professionalisierung und Weiterbildung voranzutreiben, die Marktchancen für Kreative zu optimieren und den Zugang zu internationalen Märkten zu erschließen	Zwar neue Arbeitsmöglichkeiten für Kreative, aber an den Umsätzen der Branche sind sie nur in geringem Maße beteiligt. Die Mehrzahl der wachsenden Gruppe von Freien lebt unter prekären Verhältnissen. Deshalb Stärkung der nicht erwerbswirtschaftlich orientierten Kultursektoren und des öffentlichen und intermediären Kultursektors. Stopp weiterer Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen sowie des Abbaus von Personal im öffentlichen Bereich. Zwingend: Stabilisierung und längerfristige Sicherung des frei-gemeinnützigen Bereichs, der derzeit wesentlich auf Ehrenamt oder unter-bezahlter kurzfristiger Projektarbeit beruht. Soziale Aspekte wie fair work und Honoraruntergrenzen müssen bei der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft eine viel größere Rolle spielen	Kultur- und Kreativwirtschaft als dritte Säule neben öffentlicher und zivilgesellschaftlich finanzierter Kultur. Verstärkung der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, weitere Öffnung der Wirtschaftsförderung für Kulturbereich	Noch keine Beschlüsse gefasst	Chancen und Möglichkeiten für mehr Arbeitsplätze, Wachstum, kulturelle Vielfalt und Innovation befördern, die im produktiven Wechselspiel zwischen Ökonomie sowie Kunst, Kultur und Kreativität liegen; öffentliche Kulturförderung gibt der Kultur den notwendigen, geschützten Raum; Instrumente der Kultur- und Wirtschaftsförderung für die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft öffnen, damit künstlerische Arbeit und kreative Leistungen besser vermarktet sowie Arbeitsplätze und angemessene Einkommen entstehen können
15 Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsformate stärker als bislang unterstützt?	„Bottom up“-Ansätze sind zielführender, transparenter und nachhaltiger, als seitens des Bundes „top down“-organisierte Strukturen es sein können. Engagement des Bundes für unterstützte Formate / Strukturen wie das Berliner Theater-treffen oder den Fonds Darstellende Künste beibehalten und nach transparenten Kriterien entwickeln.	Die Tanzförderung ist bereits heute ein wichtiger Schwerpunkt der Kulturstiftung des Bundes. Darüber hinaus fördert der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Projekte von nationaler Bedeutung; zudem fördert der Bund Theaterprojekte mit überregionaler oder internationaler Ausstrahlung	Förderung muss vor allem Nachhaltigkeit und stabile Strukturen vor Ort im Fokus haben. Wichtige Rolle von Festivals, Messen und ähnlichen Veranstaltungen wird erkannt. Die Kulturförderung des Bundes muss generell evaluiert werden: Überprüfung von „Erhhöfen“ und Erarbeitung neuer Konzepte für eine Kulturförderung auf der Basis eines Kulturberichts des Bundes. So ist auch neu über die Förderung von Festivals im Bereich der Darstellenden Künste nachzudenken	„Die Bundesregierung kann hier aber nicht direkt unterstützen.“	Noch keine Beschlüsse gefasst	Festivals und Messen sowohl national, als auch international als wichtige Plattformen für die Präsentation, Vermarktung und Vernetzung aller künstlerischen Sparten und kreativwirtschaftlichen Branchen stärker in den Blick nehmen
16 Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste?	Längerfristige internationale Kooperationen sollen stärker in den Förderfokus rücken. Exportförderung für Darstellende Künste ist zu prüfen	Siehe 15	Eine Exportförderung auch für die Darstellenden Künste ist von der Sache her im Interesse der Kreativen nötig	Über Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, Einzelprüfung jedes Vorschlags	Noch keine Beschlüsse gefasst	Siehe 15

Frage	Bündnis90 / Die Grünen	CDU/CSU	Die LINKE	FDP	Piraten	SPD
17 Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?	UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in Zeiten leerer Kassen nicht ignorieren – Länder und Kommunen als Träger sind zu entlasten	CDU und CSU haben mit Blick auf das Programm „Kreatives Europa“ stets deutlich gemacht, dass die Förderlinie Kultur ausschließlich nicht-gewinn-orientierte, kleinere Kulturprojekte fördern soll	Kultur ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und darf nicht ausschließlich nach Binnenmarkt-logischen Regeln behandelt und schon gar nicht kommerziellen Exportinteressen untergeordnet werden. Kurz- und mittelfristig Schwerpunkt auf den noch anhaltenden Verhandlungen über die entscheidenden EU-Förderprogramme im Bereich Kultur und Bildung, darunter das Programm Kreatives Europa 2014-2020, das unter anderem die Förderung von Film, Kultur und Kreativschaffenden beinhaltet. Sicherstellung einer hinreichenden finanziellen Ausstattung so-wohl durch den EU-Haushaltsrahmen 2014-2020 als auch in den jährlichen Haushaltsverhandlungen auf dessen Basis. Da ein Großteil der EU-Kultur- und Bildungsfördermittel über die Strukturfonds vergeben wird, gilt dies analog auch für sie und zusätzlich für weitere Finanzinstrumente, mit denen der Kultur- und Bildungsaustausch mit Ländern außerhalb der EU gefördert wird. Einspruch gegen eine weitere Ökonomisierung des Kultursektors, die Kulturförderung auf Non-Profit-Projekte beschränken wird. Qualitative Evaluierung der Projekte;Festschreibung der finanziellen Mindestanteile der Säulen KULTUR und MEDIA. Kleinere und mittlere Strukturen auch aus dem Bereich der Darstellenden Künste sollen am zukünftigen EU-Kulturprogramm partizipieren	„Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik.“	Schwerpunkt auf Kulturelle Vielfalt und eine starke europäische Zivilgesellschaft	Stehen zum Eigenwert von Kunst und Kultur, der sich nicht an wirtschaftlichem oder politischem Nutzen messen lässt; Sinn und Grundgedanke eines europäischen Kulturprogramms müssen auch in Zukunft der europäische Kulturraum, die europäische Identität, die kulturelle Vielfalt und der grenzüberschreitende Dialog sein
18 Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte?	Kofinanzierung von EU-Förderung ist sinnvoll. Kleinere Träger müssen Zugang zur EU-Förderung haben, etwa durch Absenkung der erforderlichen nationalen Kofinanzierungsanteile	Grundsätzlich ist die Form der Finanzierung des Eigenanteils offen und kann sich auch aus öffentlicher Förderung speisen.	Die Möglichkeit einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte nach dem Beispiel anderer europäischer Länder wird geprüft.	„Das Auswärtige Amt (trägt) die Restriktionen zur Haushaltskonsolidierung solidarisch mit...“	Noch keine Beschlüsse gefasst	entsprechende Instrumente der Komplementärfinanzierung sollten geprüft werden

Bündnis 90 / Die Grünen

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kulturpolitik als Querschnittsthema und essentiellen Bestandteil unseres Gesellschaftsbegriffes und unserer Diskurse. Das ist in unserem gesamten Wahlprogramm und an unserer täglichen politischen Arbeit ablesbar. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, an denen wir gerne und intensiv mitgearbeitet haben, sind uns Inspiration und Leitfaden zugleich, auch und gerade in der Kulturpolitik. Zuletzt wurde das im Bundestag an dem grünen Maßnahmenpaket unserer Bundestagsfraktion zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von KünstlerInnen und Kreativen und an dem Bundestagsantrag zu transparenten Förderkriterien (BT-Drs. 17/12196) für die Bundeskulturpolitik sichtbar.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beobachten die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen mit großer Sorge. Wir engagieren uns nachdrücklich für Verbesserungen. Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion in der laufenden Legislaturperiode in Form diverser Anträge ein ganzes, grünes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlerinnen und Künstlern erarbeitet.

- Wir setzen uns ein für bundesweit einheitliche Honoraruntergrenzen an allen Hochschulen für Musik und Theater sowie für die Festlegung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Honorartätigen und Festangestellten.
- Wir wollen eine Reform des Krankengeldbezuges, die den Ausschluss der Selbstständigen, der kurzfristig Beschäftigten sowie der Versicherten nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz vom Anspruch auf Krankengeld im SGB V aufhebt. Der Anspruch auf Krankengeld muss wieder ab dem ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit gewährleistet sein!
- Wir wollen, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits für alle gilt, die innerhalb von zwei Jahren mindestens vier Monate in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben.
- Wir wollen eine befristete Vermittlungspause einführen, in welcher Arbeitslosengeld-Beziehende ausschließlich selbst für ihre berufliche Integration verantwortlich sein sollen.
- Ein weiteres Ziel Grüner Kulturpolitik ist die Einführung einer verpflichtenden Ausstellungszahlung für den nichtkommerziellen Raum im Rahmen der Kompetenzen des Bundes.
- Auch Reformen des Urhebervertragsrechts sind notwendig für eine solidere finanzielle Lebensgrundlage Kulturschaffender. Nur wenn Urheberinnen und Urheber sowie ausübende Künstlerinnen und Künstler in fairen Vertragsverhältnissen zu ihren Geschäftspartnern stehen, kann das Recht auf angemessene Vergütung in die Realität umgesetzt werden. Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion einen Antrag mit detaillierten und umfassenden Re-

formen des Urhebervertragsrechts vorgelegt

- In unserem Antrag zu einer Reform der Bundeskulturförderung fordern wir unter anderem, dass der Bund seine Vorbildfunktion wahrnimmt und auf alle aus dem Kulturbereich geförderten Kultureinrichtungen, Festivals oder Projekte dahingehend einwirkt, dass die dort beschäftigten Künstlerinnen und Künstler nach den aktuellen Tarifen des öffentlichen Dienstes entlohnt werden bzw. branchenspezifische Mindestgagen erhalten.
- Langfristig wollen wir die Kranken- und die Pflegeversicherungen zu Bürgerversicherungen weiterentwickeln, die Prinzipien der Künstlersozialversicherung wollen wir dabei erhalten.
- Um Beitragsstabilität zu gewährleisten und dem Solidaritätsprinzip gerecht zu werden, steht für die GRÜNEN im Vordergrund, den Kreis der Abgabepflichtigen der Künstlersozialkasse besser zu erfassen und zu kontrollieren. Das ist günstig für die Künstlersozialkasse und auch gerecht denjenigen gegenüber, die ehrlich zahlen. Eine regelmäßige Überprüfung ist deshalb aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringend notwendig.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künstler in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich sowohl des Stellenwertes als auch der Qualität der künstlerischen Leistung von Künstlerinnen und Kulturschaffender bewusst. Wir unterscheiden dabei auch nicht, etwa zwischen RegisseurIn-

nen und ChoreografInnen auf der einen Seite und Bühnen- und KostümbildnerInnen auf der anderen. Insbesondere sind wir uns auch der mehrheitlich prekären Umstände ihrer Honorierung bewusst.

Die bisherige Beurteilung der urheberrechtlichen und damit auch steuerlichen Situation von Bühnen- und Kostümbildnern, als selbstständige, nicht weisungsgebundene SchöpferInnen von urheberrechtlich geschützten Werken, ist nach wie vor gültig. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass an öffentlichen Theatern arbeitende selbstständige Künstler ab Juli 2013 von der Umsatzbesteuerung befreit werden.

Wir wollen zudem Rechtssicherheit für die steuerliche Beurteilung von allen Bühnenschaffenden herstellen. Nach unserer Einschätzung gibt es keinen Anlass, an der langjährigen Praxis der Besteuerung etwas zu ändern. Es gibt somit von unserer Seite keine Bestrebungen, eine Verschlechterung der Umsatzbesteuerung zu Ungunsten der Künstlerinnen und Künstler anzustreben. Wir setzen uns kurzfristig für eine rechtssichere Klärung der offenen Steuerfragen ein und streben langfristig eine Gleichbehandlung der an öffentlichen Theatern urheberrechtlich schaffenden Kreativen an. Unser Ziel ist es, eine solidarische und faire Besteuerung aller Beschäftigten und Selbstständigen zu erreichen, deshalb werden wir über 90% der Einkommensteuerpflichtigen entlasten, wozu die überwiegende Mehrheit der selbstständigen Bühnen- und Kostümbildner zählt.

Grundsätzlich folgt die Steuerpolitik, einschließlich der Umsatzsteuer, ökologischen, sozialen und kulturellen Kriterien. Langfristig zielt die Steuerpolitik auf eine Umsatzsteuerreform hin, die gerecht, einfach und europäisch harmonisiert ist. Dazu gehört vor allem die Überprüfung von Steuervergünstigungen und daraus folgend ggf. die Abschaffung von Sonderregelungen, die ungerechtfertigt sind. Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen sind nur

dann gerechtfertigt, wenn ein gesellschaftlicher Mehrwert entsteht und die Ausnahme von der Normalbesteuerung effizient ist. Im Bereich der Kultur sehen wir diese Anforderungen regelmäßig als erfüllt an.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Die herausragende Bedeutung der kulturellen Arbeit dezentraler Einrichtungen ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Grund genug, sich für eine nachhaltige finanzielle Entlastung der Kommunen einzusetzen. Durch eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer und weitergehenden Maßnahmen des Bundes, etwa bei der Finanzierung der Kosten der Unterbringung, der Eingliederungshilfe für Behinderte, dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Städtebauförderung, dem Gebäudesanierungsprogramm der KfW, einem Energiesparfonds, der Reform der Grundsteuer und einer Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wertschaftssteuer wird eine deutliche Entlastungen der Länder und Kommunen erreicht. So wollen wir den Kommunen die Möglichkeit gegeben, sich in Zukunft wieder nachhaltig den freiwilligen Aufgaben, insbesondere auch im Bereich der Kultur und hier der Bereitstellung der nötigen kulturellen Infrastruktur, zu widmen. So werden sie auch in die Lage versetzt, ihrerseits entsprechend dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, trotz knapper Kassen beizutragen und die Arbeit vieler dezentraler Kultureinrichtungen zu unterstützen. Gerade der Pflege von Mundart und Minderheitensprachen, wie sie besonders im Bereich der Darstellenden Kunst ge-

leistet wird, messen wir hier eine große Bedeutung bei für die Bewahrung und Weitergabe des lebendigen kulturellen Erbes in seiner ganzen Vielfalt.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Kulturangebote prägen nicht nur die Identität einer Region, sondern tragen vor allem zur Zufriedenheit und zu sozialer Teilhabe der BürgerInnen bei. Vielfältige und abwechslungsreiche Kulturangebote sind längst ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, sie stärken Innovationskraft und soziale Teilhabe. Kulturangebote tragen wesentlich zur Attraktivität von Orten als Wirtschaftsstandort und Tourismusmagnet bei.

Wir treten für eine Sicherstellung der kulturellen Infrastruktur ein, gerade auch im ländlichen Raum, gerade auch angesichts der demografischen Wandels. Dazu gehört, dass Kultureinrichtungen ihr Angebot auf die veränderte Sozialstruktur und auf neue Zielgruppen ausrichten. Es müssen Räume für die kulturelle Entfaltung bereitgestellt werden. Wir fordern eine substantielle Stärkung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren, um dadurch soziokulturelle Aktivitäten bundesweit besser als bisher fördern zu können.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Wir wollen, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wieder nachkommen können.

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

nen. Hierunter fallen die verschiedenen kulturellen Angebote. Da viele Kommunen vor allem unter den hohen Ausgaben für Soziales leiden, ist hier auch der Bund gefragt. Der Bund ist auch da gefragt, wo die Förderprogramme in den letzten 4 Jahren gekürzt wurden oder die Bundesregierung es versäumt hat, Programme für wichtige Politikfelder für die Kommunen aufzulegen. Wir wollen eine ganze Reihe von Maßnahmen durchsetzen, von denen hier nur die wichtigsten genannt seien: Wir wollen den Bund stärker in die Finanzierung der Kosten der Unterkunft einbinden. Das bringt den Kommunen ca. 1 Milliarde Euro. Wir wollen die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen reformieren und zu einem Bundesteilhabegesetz ausbauen. Auch hieran muss sich der Bund finanziell beteiligen. Wir wollen den Kommunen jährlich 1 Milliarde Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung zukommen lassen.

Die Bundesregierung hat in den letzten 4 Jahren die Kommunen durch ihre verschiedenen Steuergesetze mit ca. 5,2 Milliarden Euro belastet. Steuerersenkungen sind aus unserer Sicht also nicht möglich. Im Gegenteil: Mit unseren Vorschlägen zu Steuererhöhungen kommen den Kommunen etwa 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen zu. Wenn der Bund die Städtebaufördermittel wieder auf den Stand von 2010 anhebt, das Gebäudesanierungsprogramm der KfW wieder vernünftig finanziert, die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiter entwickelt, die Grundsteuer reformiert, einen Energiesparfonds auflegt, dann wird den Kommunen auch wieder der nötige finanzielle Spielraum bleiben, um die Kultur vor Ort angemessen zu fördern.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich ge-

startet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Uns ist es sehr wichtig, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Kulturschaffende zu schaffen. Dazu gehört neben einer deutlichen Verbesserung der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler auch die Sicherung einer breiten kulturellen Infrastruktur. Zu diesem Zweck wollen wir die Länder und Kommunen seitens des Bundes so entlasten, dass Mittel für die freiwilligen Aufgaben frei werden.

Ein sicheres soziales Netz und eine gute kulturelle Infrastruktur sehen wir als nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung künstlerischer Lebensläufe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich darüber hinaus auf Bundesebene sehr für die Arbeit der Kulturstiftung des Bundes ein. Hier sehen wir unmittelbare Möglichkeiten zur Förderung der Arbeit freier Ensembles, speziell im Bereich Tanz und Darstellende Kunst. Die Ausrichtung von Förderprogrammen kontinuierlich nach zu justieren, auf Grundlage unserer Vorstellungen von Transparenz und Teilhabe, mit Evaluationen, Jurybeteiligung auch bei der Vergabe von Förderungen seitens des BKM und eine ständige Bereitschaft zum Dialog mit Verbänden und KünstlerInnen sind uns dabei wichtig. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode hat unsere Bundestagsfraktion dazu ein Antragspaket eingebracht.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Wir sind der Überzeugung, dass die gesamtstaatliche und internationale Aus-

strahlung von Festivals, Modellprojekten oder Kulturinstitutionen als Argument für eine Bundesförderung nicht ausreicht. Wir wollen Willkür und Intransparenz bei der Kulturförderung des Bundes beenden und treten neben Transparenz und Gleichberechtigung auch für die Verankerung sozialer Mindeststandards bei der Projektförderung ein. Unsere Bundestagsfraktion fordert deshalb in dem Antrag „Transparente Kriterien und verbindliche Rahmenbedingungen schaffen für die Bundesförderung von kulturellen Institutionen und Projekten“ (BT-Drs. 17/12196) einen Kriterienkatalog für eine fairere Förderpraxis. Dieser soll unter anderem sicherstellen, dass bei vom Bund geförderten Kultureinrichtungen und -Projekten, Stiftungen und Fonds alle künstlerischen Sparten und Ausdrucksformen Berücksichtigung finden und Künstlerinnen und Künstler angemessen bezahlt werden und Praktika zu fairen Bedingungen. Wenn der Bund mitfinanziert, muss er darauf einwirken, dass die an einem Projekt beteiligten und an einer Kulturinstitution beschäftigten Künstlerinnen und Künstler branchenspezifische Mindestgagen erhalten, beziehungsweise nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes entlohnt werden. Nicht nur mangelhafte Förderkriterien, auch die Bewilligung von Förderanträgen hinter verschlossenen Türen geben Anlass zur Kritik an der Kulturförderpraxis der schwarz-gelben Bundesregierung.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige För-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

derungen) ausbauen können?

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode stark dafür eingesetzt, dass der Haushalt des „Fonds Darstellende Kunst“ massiv aufgestockt wird. Was letztlich auch über eine Aufstockung des Titels der Kulturstiftung des Bundes gelang.

So hat unsere Bundestagsfraktion bereits im September 2011 eine Erhöhung der Förderung des „Fonds Darstellende Kunst“ um 1.000.000,- € gefordert, der er die einzige Institution ist, die mit Bundesmitteln national die professionelle Arbeit freier Theater- und Tanzschaffender unterstützt. Erreicht haben wir dann eine Erhöhung der Mittel des „Fonds Darstellende Kunst“, wenn auch nur um die Hälfte, nämlich 500.000,- €, über den Umweg, den Gesamtetat der Kulturstiftung des Bundes zu erhöhen.

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben an, die Förderinstrumente der Länder und Kommunen mit denen des Bundes besser abzustimmen. Wir fordern vom Bund, transparente und faire Förderkriterien zu entwickeln, anhand derer die Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten nicht alleine auf Grundlage gesamtstaatlicher Bedeutung nachzuvollziehen ist. Außerdem haben wir auch schon in dem Antrag unserer Bundestagsfraktion: „Transparente Kriterien und verbindliche Rahmenbedingungen schaffen für die Bundesförde-

rung von kulturellen Institutionen und Projekten“ (BT-Drs. 17/12196) darauf bestanden, dass alle künstlerischen Sparten (Musik, bildende Kunst, Literatur und darstellende Künste) im Gesamttabelleau aller bewilligten Förderanträge zumindest annähernd gleichberechtigt vertreten sein sollen.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Verbesserung der lebenslangen, künstlerischen (Aus-)bildung ein. Das betrifft auch die faire und gleiche Bezahlung von Lehrkräften an künstlerischen Hochschulen bis hin zur ausschließlichen Vergabe von Praktika gemäß den Forderungen des Antrags der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „Faire Bedingungen in allen Praktika garantieren“ (BT-Drs. 17/4044). Eine Schlüsselrolle bei der lebenslangen, berufsbegleitenden Weiterbildung und Entwicklung der Künstlerinnen und Künstler kommt der Tätigkeit der ZAV-Künstlervermittlung zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten eine fachkundige berufsfeldorientierte Vermittlung für eine wesentliche Säule der Arbeitsmarktpolitik. Dies gilt sowohl im Arbeitslosengeld I (SGB III) als auch im Arbeitslosengeld II (SGB II). Insbesondere für Künstlerinnen und Künstler ist eine fachkundige Beratung und Vermittlung von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Tätigkeit in einem Berufsfeld mit untypischen Rahmenbedingungen. Die Bundesagentur bietet im Moment mit der Künstler-Fachvermittlung an sieben Standorten in Deutschland eine solche Beratung und Vermittlung an. Eine pauscha-

le Ausweitung, etwa in Form der Einrichtung entsprechender Angebote in allen Arbeitsagenturen und Jobcentern, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Eine Konzentration inhaltlich kompetenter Ansprechpartner stellt grundsätzlich für alle Beteiligten eine deutliche Verbesserung der Vermittlungsarbeit dar. Wir fordern die Bundesregierung allerdings auf, sorgfältig zu prüfen, wo eine Ausweitung der ZAV-Künstlervermittlung so umgesetzt werden kann, dass der Zugang zu einem qualifizierten Vermittlungsangebot für alle Künstlerinnen und Künstler, insbesondere für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, gewährleistet ist, und nicht an strukturellen Schranken, etwa durch unzumutbare Entfernungen, scheitert.

Nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen die Arbeitsagenturen und Jobcenter allen Erwerbslosen Zugänge zu passenden Qualifizierungen, Förderangeboten, Umschulungs- und Ausbildungsangeboten eröffnen. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitssuchenden zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Zudem wollen wir eine befristete Vermittlungspause einführen, in welcher Arbeitslosengeld-Beziehende ausschließlich selbst für ihre berufliche Integration verantwortlich sein können. Dies würde auch der Arbeitsrealität von Künstlerinnen und Künstlern besser gerecht: Deren erwerbslose Zeitabschnitte zwischen Engagements dienen in der Regel der Vorbereitung auf die nächsten künstlerischen Projekte oder Engagements. Wir schlagen außerdem vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten vermitteln.

Die Erwerbsbiographien der meisten Künstlerinnen und Künstler bestehen aus einer Aneinanderreihung von Kurzzeitbeschäftigungen. Trotz ihrer gezahlten Beiträge in die Arbeitslosengeldversicherung sind diese nach Beendigung eines kurzzeitigen Arbeitsver-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

hältnisses oft auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung neu gestalten, damit flexibel Beschäftigte nicht nur in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt, sondern im Falle von Arbeitslosigkeit auch abgesichert sind. 2009 wurde für überwiegend kurzfristig Beschäftigte unter besonderen Voraussetzungen eine Verkürzung der Anwartschaftszeit für das Arbeitslosengeld ermöglicht, u.a. auch um den meist kurzfristig beschäftigten Kulturschaffenden den Zugang zu Leistungen zu öffnen. In der Praxis hat sich diese Neuregelung allerdings als realitätsuntauglich erwiesen. Nur die wenigsten Betroffenen profitieren davon. In Zukunft soll unseren Vorstellungen zufolge Arbeitslosengeld schon dann gezahlt werden, wenn für mindestens vier Monate innerhalb von 24 Monaten Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt wurden. Die Anspruchsdauer steigt mit der Dauer der Beitragszahlung an, das Verhältnis von Beitrags- zu Anspruchszeiten (2:1) soll beibehalten werden. Aus der viermonatigen Beitragszahlung ergibt sich dann ein zweimonatiger Anspruch auf Arbeitslosengeld. In der neuen Anspruchszeit haben die Berechtigten denselben Zugang zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, beispielsweise zur Förderung der beruflichen Weiterbildung, wie alle anderen Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld. Zudem wollen wir eine befristete Vermittlungspause einführen, in welcher Arbeitslosengeld-Beziehende ausschließlich selbst für ihre berufliche Integration verantwortlich sein können. Dies würde auch der Arbeitsrealität von Künstlerinnen und Künstlern besser gerecht: Deren erwerbslose Zeitabschnitte zwischen Engagements dienen in der Regel der Vorbereitung auf die nächsten künstlerischen Projekte oder Engagements.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit

dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Wir stehen in einem regelmäßigen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Kulturverbände und -Institutionen, darunter selbstverständlich auch mit den in der Plattform Darstellende Künste versammelten Verbänden. Diese Gespräche sind als Anregung, Inspiration und der Beschreibung von Handlungsfeldern wie auch unserer kulturpolitischen Positionierung und Arbeit unerlässlich. Für uns ist der Dialog ein Grundstein unserer Politik, weil nur so sichergestellt ist, dass es keine einseitige Interessensübernahme gibt.

Die Entwicklung professioneller Strukturen innerhalb der Künstlerverbände kann und soll nicht Aufgabe einer Partei sein. Wir sind für eine Stärkung der Strukturen und der Unabhängigkeit der Künstlerverbände und beobachten mit großer Zustimmung eine zunehmende Professionalisierung ihrer Arbeit. Gerade politische Entwicklungen in jüngster Zeit haben gezeigt, dass nur starke und gut organisierte Verbände, die Kompetenz und Legitimation besitzen, komplexe Gesetzgebungsverfahren und öffentliche Meinungsbildungsprozesse zu begleiten.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Darstellende Künste sind wichtiger Bestandteil unseres kulturellen Erbes, sowohl des schon bestehenden, als auch des zukünftigen, kulturellen Erbes. Sie bestimmen maßgeblich unsere Identität und beinhalten das gesammelte, auch kulturelle Wissen unserer Gesellschaft.

Wir brauchen unser kulturelles Erbe als Quelle des Nach- und Vordenkens und als Zeugnis stetigen Wandels.

In der heutigen Gesellschaft sind alle Bereiche von einer zunehmenden Digitalisierung und Verbreitung des Internets betroffen. Das gilt selbstverständlich und insbesondere für Kultur und Medien. Rezeption, Distribution und Produktion, aber auch Archivierung und Zugang finden zu immer größeren Teilen im und über das Netz statt. Gerade die Digitalisierung der „flüchtigen“ Künste beinhaltet eine neue, große Chance. Deshalb soll die Digitalisierung und Archivierung von „flüchtigen“ Künsten, wie Theater und Tanz, vorangetrieben und zugänglich gemacht werden. Entsprechende Hürden wollen wir abbauen. Daher setzen wir auf eine stärkere Koordinierung und Verzahnung der Netzpolitik mit der Kultur- und Medienpolitik.

Gerade in der Urheberrechtsdebatte zeigt sich deutlich, dass die Gräben, die auch von der Bundesregierung mehr vertieft als überbrückt wurden, dringend überwunden werden müssen. Wir kämpfen seit Jahren für einen echten und fairen Interessensausgleich, auch und gerade im digitalen Bereich, der den (digitalen) Zugang zu Kultur und die berechtigten Ansprüche der Urheberinnen und Urheber mit den Interessen der Verwerter und den sich rasant entwickelnden technischen Möglichkeiten in Einklang bringt. Wir haben dabei klare bildungspolitische Ziele, datenschutzrechtliche Prioritäten und die Persönlichkeitsrechte und eine faire Vergütung im Blick.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturland-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

schaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Privates Kultur-Sponsoring ist wichtig; es kann allein den öffentlichen Kulturauftrag aber nicht umsetzen. I Zivilgesellschaft, Markt und Staat sind im Kulturbereich nicht zu unterschätzende, sich in großen Teilen bedingende und ergänzende Akteure, die eigene Impulse setzen und die Entwicklung vorantreiben. Es obliegt aber dem Staat, die Rahmenrichtlinien zu definieren und faire Bedingungen einzufordern und durchzusetzen.

In Deutschland arbeiten etwa eine Million hochqualifizierte Kulturschaffende, KünstlerInnen und Kreative. Alle Kulturschaffenden in Deutschland brauchen angemessene soziale, steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schaffen faire Arbeitsbedingungen, mehr soziale Sicherheit und sprechen uns für Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen für alle ausgebildeten InterpretInnen, BühnendarstellerInnen und Lehrenden ohne Festanstellung in Kunst und Kultur aus. Wir sorgen dafür, dass Kulturschaffende trotz brüchiger Erwerbsbiografien bei der Arbeitslosenversicherung und dem Krankengeldanspruch abgesichert sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Aneinanderreihung zeitlich befristeter Honorarverträge jenseits einer angemessenen Vergütung, wie sie gerade in der privatwirtschaftlichen, marktkonformen Kultur vorkommen, beenden. Und bei der Einführung der Bürgerversicherung erhalten wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung, zu deren Stärkung und solidarischer Finanzierung wir eine regelmäßige Überprüfung der Kultur- und Kreativwirtschaft wie bei anderen Unternehmen auch befürworten. Schon an der unzureichenden Einzahlerdisziplin der Kreativwirtschaft lässt sich ablesen, dass sich die KünstlerInnen und

Kreativschaffenden nicht auf die sozialverträgliche Ausgestaltung der marktkonformen Kulturwirtschaft verlassen können.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsmöglichkeiten stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in vernetzten, diskursiven und ausstrahlenden Formaten wirksame Plattformen und Begegnungsmöglichkeiten für KünstlerInnen, Vermarkter und Produzenten aus dem kreativen und kulturellen Wirtschaftsbereich. Die bestehenden Formate sind dabei, über die Vermarktungsmöglichkeiten, die sich dort bieten hinaus, wichtige Gradmesser für den jeweils aktuellen Stand der künstlerischen Entwicklung, bieten Orientierung und Reibungsfläche, Fortbildungs- und Diskussionsforen.

„Bottom up“-Ansätze, wie sie etwa in den letzten Jahren im Bereich der Freien Theaterszene entstanden sind, sind unserer Meinung nach zielführender, transparenter und nachhaltiger, als seitens des Bundes „top down“-organisierte Strukturen es sein können. Unter anderem über die Kulturstiftung des Bundes unterstützt der Bund, auch mit den Berliner Festspielen Formate der Darstellenden Kunst, etwa das Theaterfest in Berlin oder den Fonds Darstellende Künste. Dieses Engagement sehen wir sehr positiv und halten es auch weiterhin für richtig. Selbstverständlich legen wir auch hier für die konkrete Durchführung unsere Forderungen aus dem Antrag unserer Bundestagsfraktion „Transparente Kriterien und verbindliche Rahmenbedingungen schaffen für die Bundesförderung von kulturellen Institutionen und

Projekten“ (BT-Drs. 17/12196) an.

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Die bestehenden Gastspielförderungen z.B. im Rahmen der Goethe-Institute sind gute Instrumente, um den kulturellen Austausch zu stärken und den Bekanntheitsgrad deutscher Produktionen, Gruppen, Institutionen, Kreativer und KünstlerInnen im Ausland zu fördern. Darüber hinaus sollten längerfristige Kooperationen stärker in den Förderfokus rücken. Geförderte Kooperationen ausländischer und deutscher Institutionen mit engen Bindungen in die Theaterlandschaft der jeweiligen Länder machen Synergieeffekte nutzbar und helfen nachhaltige Partnerschaften aufzubauen. Inwieweit Exportförderungen aus dem Musik- oder Designbereich auf den Bereich Darstellende Kunst übertragbar sind, gilt es herauszufinden. Wir wollen die Diskussion in diesem Bereich weiter voranbringen und diese und ähnliche Konzepte auch für den Bereich Darstellende Kunst prüfen.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Darstellende Künste nicht nur Wirtschaftsgüter, sondern auch Kulturgüter. Der Doppelcharakter als Kultur- und Wirtschaftsgut wurde von der EU durch die Unterzeichnung der UNESCO-Konvention anerkannt. Dieser völkerrechtlich bindenden Grundlage zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt sind Deutschland und die EU verpflichtet. Wir bekennen uns dazu, dass europäische und internationale Verpflichtungen seitens der Bundesrepublik zeitnah ratifiziert und in

Deutschland konsequent umgesetzt werden. Auch wenn das bedeutet, rechtliche Rahmenbedingungen anpassen zu müssen. Das gilt insbesondere, wenn die kulturelle Vielfalt bedroht ist. Aktuell haben Länder und Kommunen massive Probleme ihren freiwilligen Leistungen nachzukommen. Es droht eine Verödung unserer Kulturlandschaft in der Fläche. Unsere grünen steuerpolitischen Vorschläge sorgen für Entlastung bei Ländern und Kommunen und geben ihnen so mehr Spielräume, ihren kulturpolitischen Aufgaben nachzukommen und letztlich die kulturelle Vielfalt in der Fläche zu erhalten

Das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen darf in Zeiten leerer Kassen nicht ignoriert werden. So haben wir bereits vor Inkrafttreten der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt die Bundesregierung im Bundestag aufgefordert, aktiv an der Umsetzung des Übereinkommens, unter breiter, zivilgesellschaftlicher Teilhabe, mitzuwirken und dabei die Kulturschaffenden und Rezipienten einzubeziehen. Nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, sondern auch im internationalen Kontext zeigt sich, wie wichtig es ist, die kulturelle Vielfalt und damit die kulturelle Identität Europas zu verteidigen. Das gilt für die analoge Welt genauso wie im digitalen Raum, hier unterscheiden wir wollen ist anachronistisch. Letztlich ist die UNESCO Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ein wichtiger Grundpfeiler europäischer und damit auch deutscher Kulturpolitik.

18. Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Mit der grundsätzlichen Bereitschaft, Projekte durch Kofinanzierungen zu fördern, werden dank dieser EU-Hilfe Projekte realisierbar, die ohne Kofinanzierungsbeitrag der EU nicht finanzier-

bar gewesen wären. Insofern leistet der Kofinanzierungsanteil der EU einen wichtigen Beitrag, um internationale Projekte nachhaltiger zu fördern, als es nationale Förderungen alleine könnten. Die Kofinanzierung hat sich in der Europäischen Union grundsätzlich als sinnvolles Instrument erwiesen, um ein Spagat zwischen Eigenverantwortlichkeit und Unterstützung wünschenswerter Wirtschaftsbereiche wie der Kulturwirtschaft zu erreichen. Gerade in der Kulturförderung besteht jedoch das Risiko, dass große Anbieter diese Mittel abgreifen und kleine, kulturpolitisch jedoch sehr wertvolle Projekte die Kofinanzierungsmittel nicht aufbringen können. Eine bessere Kulturförderung muss dieses Problem lösen. Denkbar wären etwa eine Reduktion der Kofinanzierungsanforderungen für kleinere Projekte oder Zuschüsse auf nationaler Ebene, wobei wir die Kriterien anlegen werden, welche wir bereits in unserem Antrag für eine transparentere Bundeskulturförderung fordern. Verbindliche Rahmenbedingungen, damit Menschen mit geringerem Einkommen, mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung gleichermaßen von öffentlich finanzierten Kulturangeboten profitieren können, eine Neuausrichtung der Bundeskulturförderung zugunsten von mehr Transparenz, mehr konzeptioneller Gestaltung und mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen, und eine Fachjury, die mit Expertinnen und Experten aus den Kunst- und Kulturbranchen besetzt ist.

CDU / CSU

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Das Regierungsprogramm von CDU und CSU bekräftigt einmal mehr, welche große Bedeutung wir der Kultur in unserer politischen Arbeit beimessen. Daneben haben wir bereits in dieser Legislaturperiode die Rahmenbedingungen verbessert, die den Erhalt unserer einzigartigen kulturellen Vielfalt sichern. Konkret haben wir den Kulturhaushalt des Bundes seit 2005 neun Mal in Folge erhöht, insgesamt um 21 Prozent. Auch in den kommenden vier Jahren werden wir diesen Kurs fortführen, indem wir mit dem Kulturhaushalt Bewährtes weiter unterstützen und zugleich neue Schwerpunkte setzen. Dies gilt für das kulturelle Erbe ebenso wie für zeitgenössische Kunst, für Breitenkultur ebenso wie für künstlerische Spitzenleistungen. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Unsere Aufgabe sehen wir darin, gute Bedingungen zu schaffen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Viele selbstständige Künstler, freie Journalisten, Schriftsteller und Autoren leben in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen. Mit der Künstlersozialversicherung haben CDU und CSU ein Instrument geschaffen, um freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu ermöglichen. Die Künstlersozialversicherung hat sich bewährt. Sie ist eine wichtige kulturpolitische Errungenschaft der Union. Wir treten für den Erhalt und die dauerhafte Stabilität der Künstlersozialversicherung ein. Dabei ist es unser vorrangiges Ziel, einen Anstieg des Abgabensatzes zu verhindern.

Durch eine Neuregelung beim Arbeitslosengeld I haben wir die soziale Absicherung von Kultur-, Film- und Fernsehschaffenden mit befristeten Arbeitsverträgen deutlich verbessert. Arbeitsverhältnisse mit Kurzzeitbefristungen bis zehn Wochen (statt bisher sechs Wochen) werden nun berücksichtigt.

Zudem haben Künstlerinnen und Künstler durch die Absicherung in der Künstlersozialkasse die Möglichkeit, eine staatlich geförderte private Alterssicherung abzuschließen. Diese haben wir mit dem Produktinformationsblatt transparenter und damit die verschiedenen Angebote besser vergleichbar gemacht. Für selbstständige Künstler und Publizisten bietet die Basis-Rente neben der Riemer-Rente eine weitere Möglichkeit, staatlich gefördert Altersvorsorge zu betreiben und den Aufbau einer ausreichenden Alterssicherung zu erleichtern.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tä-

tigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

Vielfältige Untersuchungen – wie zuletzt die mit Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderte Studie „Arbeitsmarkt Kultur – Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Kulturberufen“ des Deutschen Kulturrates – belegen, dass sich die wirtschaftliche Lage der Künstlerinnen und Künstler sehr unterschiedlich darstellt. Aus kulturpolitischer Sicht ist eine möglichst geringe steuerliche Belastung der Kreativen grundsätzlich wünschenswert.

Deshalb haben sich CDU und CSU für Verbesserungen im Steuerrecht für die Kreativen in unserem Land erfolgreich eingesetzt und dabei wichtige Ergebnisse erzielt, wie die Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenregisseure, die Steuerfreiheit des Taschengeldes beim Freiwilligen Jahr Kultur sowie Möglichkeit einer pauschalen Margenbesteuerung im Kunsthandel. An diese erfolgreiche Steuerpolitik wollen wir in der nächsten Legislaturperiode anknüpfen. Allerdings haben die Verhandlungen zur Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenregisseure und -choreografen an öffentlichen Theatern gezeigt, dass Steuervergünstigungen außerordentlich schwer durchzusetzen sind.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

CDU und CSU waren Initiator und maßgeblicher Motor für die Ratifizie-

rung des UNESCO- Übereinkommens zum Erhalt des immateriellen Kulturerbes. Dabei fühlen wir uns dem Amateurtheater sowie den Minderheitensprachen besonders verpflichtet.

Darüber hinaus unterstützen wir mit dem Programm „Kultur macht stark“ zahlreiche Projekte im Bereich der kulturellen Bildung: mit jeweils bis zu 3 Millionen Euro fördern wir bspw. ASSITEJ Bundesrepublik Deutschland e.V. (Internationale Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche e. V.), den Bund Deutscher Amateurtheater e. V., den Bundesverband Freier Theater e. V. oder den Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum. Jeweils bis zu 6 Millionen Euro erhält zum Beispiel der Bundesverband Tanz in Schulen e.V. oder die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. Mit bis zu 10 Millionen Euro unterstützen wir beispielsweise den Deutschen Bühnenverein. Für uns hat Priorität, das Programm „Kultur macht stark“ fortzuführen und womöglich auszubauen.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Wir setzen uns für unsere Städte ebenso wie für die ländlichen Regionen ein, weil wir wollen, dass die Menschen überall in Deutschland gut leben können. Dazu trägt auch die kulturelle Infrastruktur bei. Beispielsweise könnten nach dem Vorbild Sachsens Kulturraumgesetze geschaffen werden, die einen stärkeren Austausch der Kulturräume organisieren. Weitere Ansatzpunkte bestehen in der Unterstützung künstlerischer Kleinunternehmer durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau im

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Rahmen der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft oder in der Beschäftigung von Künstlerinnen und Künstlern im Rahmen des Programms „Kultur macht stark“, beispielsweise in Ganztagschulen.

Außerdem haben CDU und CSU vier Mal in Folge das erfolgreiche Denkmalschutzsonderprogramm in Höhe von insgesamt 130 Millionen Euro umgesetzt. Über 800 Kulturdenkmäler konnten durch die Bundesförderung bisher gerettet werden, ca. 300 000 sind noch immer vom Verfall bedroht. Dieses Programm ist aber nicht nur von kultureller und ideeller, sondern auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Jeder Euro öffentlicher Denkmal-Investitionen zieht das Siebenfache an privaten Investitionen nach sich. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Voraussetzung für eine gute kommunale Entwicklung sind solide Finanzen. Deshalb wird der Bund die Kommunen in erheblichem Umfang entlasten. Unser Ziel ist es, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und ihnen finanzielle Spielräume für ihre vielfältigen Aufgaben zu verschaffen.

So übernimmt der Bund künftig die vollständigen Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das bedeutet allein bis 2020 eine Entlastung um 50 Milliarden Euro – eine enorme Erleichterung, die die Länder uneingeschränkt an die Kommunen weiterreichen müssen, damit es zu einer Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort kommt. Daneben wollen wir die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln und in ein Bundesleistungsgesetz überführen. Auf diese Weise wird sich der Bund schrittweise an den Kosten beteiligen und die Kommunen dauerhaft entlasten.

Außerdem treten CDU und CSU

dafür ein, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene gerecht werden und wollen gemeinsam die Verlässlichkeit der Finanzausstattung der Kommunen sichern. Wir werden diese Frage zum Gegenstand der geplanten Föderalismuskommission machen.

Wir bedauern aus kulturpolitischer Sicht, dass es nicht zu einer Restrukturierung der Gemeindefinanzen gekommen ist, die neue Perspektiven für den Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur, auch im Kultursektor, gebracht hätte. Deshalb appellieren wir an die Verantwortlichen vor Ort, nicht an der Kultur zu sparen. Ohnehin machen die Ausgaben für Kultur im Durchschnitt nur 1,9 Prozent der kommunalen Haushalte aus.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Obwohl der Bund nicht für die Kulturförderung zuständig ist, unterstützt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Theaterprojekte mit überregionaler oder internationaler Ausstrahlung, wie die Ruhrfestspiele Recklinghausen und das Festival Theater der Welt, das alle drei Jahre in einer anderen Stadt Deutschlands stattfindet. Die Kulturstiftung des Bundes vergibt darüber hinaus Fördermittel beispielsweise für Theaterprojekte über den Fonds Darstellende Künste. Daran wollen wir festhalten.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorha-

ben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

CDU und CSU sehen keinen Anlass, die derzeitige Praxis der Projektförderung des Bundes grundsätzlich in Frage zu stellen. Vor einer Förderzusage wird in jedem Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben gesamtstaatlich bedeutsam ist und ein besonderes Bundesinteresse vorliegt. Diese gesamtstaatliche Relevanz lässt sich angesichts der Vielfalt kultureller Projekte und Themen nicht verallgemeinern. So liegen beispielsweise der Projektförderung im Bereich Kulturelle Vermittlung andere Überlegungen und Voraussetzungen zugrunde als im Bereich Filmförderung. Da die Förderbedingungen nach dem Filmförderungsgesetz auch auf Produktionsunternehmen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Anwendung finden, ist es beispielsweise gemäß Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Entsenderichtlinie) nicht zulässig, die Förderung von der Einhaltung deutscher Tarifverträge abhängig zu machen, die nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Für viele Fördertatbestände bestehen demnach spezifische Kriterien. Darüber hinaus muss es weiterhin Spielraum für die Umsetzung von parlamentarischen Beschlüssen bzw. Entscheidungen geben.

Soweit es um die Einhaltung von Tarifverträgen, Barrierefreiheit, Mindestlöhnen, Praktikavergabe, Gleichstellung von Mann und Frau o. ä. geht, gibt es bereits bestehende Gesetze, Tarifverträge oder Verwaltungsvorschriften, an die der Bund bei der Projektvergabe ohnehin gebunden ist (beispielsweise die Bundeshaushaltsordnung, Gleichstellungsgesetze etc.). Auch öffentlich geförderte Einrichtungen müssen sich an diese Gesetze halten, ansonsten verstoßen sie gegen geltendes Recht.

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Was die Einhaltung sozialer Mindeststandards betrifft, gehen wir im Grundsatz davon aus, dass jeder qualifizierte Arbeitnehmer an staatlich finanzierten Kulturbetrieben angemessen entlohnt wird. Sollte es Fälle von Missbrauch geben – für die wir derzeit keine Anzeichen haben – werden wir dem nachgehen und auf Änderungen dringen.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Die Fragen 9 und 10 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet (s.u. 10).

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

CDU und CSU werden uns weiterhin für eine Stärkung der Fonds unter dem Dach der Kulturstiftung des Bundes (KSB) einsetzen, sowohl finanziell als auch strukturell. Bereits die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat die Bedeutung dieser Fonds für die

kulturelle Vielfalt betont und sich für eine Stärkung ihrer Förderung ausgesprochen. Dieses Ansinnen teilen wir.

Daher haben wir die Mittel für die Kulturstiftung des Bundes im Haushaltsjahr 2010 um 2 Millionen Euro und im Haushaltsjahr 2013 um 5 Millionen Euro erhöht. Davon kommen 1,2 Millionen Euro den Fonds zugute, der Fonds Darstellende Künste erhält zudem eine Förderung des Projektes „Theater im Öffentlichen Raum“ in Höhe von 600.000 Euro.

Auf Grund der in der Satzung der KSB festgelegten Förderstruktur der Stiftung (siehe § 2 der KSB-Satzung) ist die institutionelle Förderung von Einrichtungen ausgeschlossen. Für die Fonds wurde in den Fördergrundsätzen jedoch eine Ausnahme getroffen, so dass eine institutionelle Förderung der Fonds möglich ist. Unterstrichen wurde dies durch einen Beschluss des Stiftungsrates der KSB vom 12.12.2008, der es der KSB erlaubt, ein Siebtel des Gesamtbudgets der KSB für die institutionelle Förderung der Fonds zu vergeben.

Diese Festlegung führt jedoch dazu, dass über den parlamentarischen Weg der Etat der KSB um ein Vielfaches der für die Fonds benötigten Mittel erhöht werden müsste. Dies ist haushalterisch nicht mehrheitsfähig. Deshalb werden wir in der kommenden Legislaturperiode prüfen müssen, inwieweit wir die Fonds zukünftig direkter und gezielter unterstützen können.

Insgesamt wird die Kulturstiftung des Bundes mit jährlich über 35 Millionen Euro Bundesförderung in die Lage versetzt, national wie international bedeutsame Vorhaben umzusetzen, insbesondere zur kulturellen Integration und Kooperation. Im Oktober 2012 wurde der Neubau der Kulturstiftung in Halle im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Kulturstaatsminister Bernd Neumann eröffnet. Mit dem Neubau erhält die Kulturstiftung des Bundes nun ein attraktives und funktionales Haus, das ihre Bedeutung für die Kulturförderung internationaler Kultur-

projekte in ganz Deutschland unterstreicht.

Darüber hinaus werden wir uns – wie dies bereits in der Vergangenheit geschehen ist – für eine starke finanzielle Förderung der Darstellenden Künste einsetzen. Wir werden prüfen, ob es dazu neuer Förderstrukturen bedarf.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Unstrittig ist, dass Künstler in die Lage versetzt werden müssen, sich mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten neue Märkte und Arbeitsfelder zu erschließen. Dies muss in der künstlerischen Ausbildung berücksichtigt werden. So sollten Lehrveranstaltungen wie „Kunst und Recht“ oder „Kunst und Wirtschaft“ verpflichtender Bestandteil der Ausbildung sein. Hinzukommen sollten Seminare, die die Bereiche Urheberrecht, Vertragsgestaltung, Sozialversicherung für Künstler und Steuerrecht abdecken.

Darüber hinaus werden CDU und CSU in den nächsten vier Jahren eine „Nationale Initiative Weiterbildung“ anstoßen. Ein wichtiger Baustein wird dabei eine passgenaue Weiterbildungsberatung sein. Zudem werden die künstlerischen Hochschulen im Rahmen eines lebensbegleitenden Lernens Weiterbildungsprogramme anbieten müssen, nicht zuletzt um ihre Existenz in Zeiten des demografischen Wandels zu sichern. Die Finanzierung entsprechender Studiengänge könnte beispielsweise durch zinsgünstige Studienkredite finanziert werden.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenar-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

beit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

CDU und CSU schätzen die fachliche Zusammenarbeit mit den Künstlerverbänden und wollen sie fortsetzen. Der Bundesverband Theater im öffentlichen Raum kümmert sich um die Kultur des Straßentheaters bzw. der theatralen Inszenierung. Im Interesse der Vielfalt an Kooperationen, Netzwerken und Modellen wollen wir prüfen, inwieweit dem Bundesverband Theater im öffentlichen Raum eine Förderung für eine bundeseinheitliche Vertretung im Interesse des Freien Theaters eröffnet werden kann.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Die Digitalisierung bringt ungeheure Chancen für die Bewahrung unseres kulturellen Erbes mit sich. Deshalb haben Bund, Länder und Kommunen gemeinsam die Gründung der Deutschen Digitalen Bibliothek (DBB) vorangetrieben, dem nationalen Zugangsportale für Kultur und Wissenschaft in Deutschland. Seit November 2012 ist das Internetportal DBB in einer Betaversion online. Für den Aufbau der Infrastruktur leistete die Bundesregierung bis Ende 2012 eine Vorfinanzierung in Höhe von 8,5 Millionen Euro.

Um unser kulturelles Erbe im gebotenen Umfang verfügbar zu machen, wollen wir die urheberrechtlichen Vorschriften so konkretisieren, dass die Nutzung audiovisueller Werke für Bildung und Forschung erleichtert wird. Denkbar sind beispielsweise digitale

Pflichtexemplare oder das Vorhalten mehrerer Vervielfältigungen auf unterschiedlichen Speichersystemen.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Nach Meinung von CDU und CSU stehen öffentliche Kultur und Kulturwirtschaft in einem engen Wechselverhältnis. Es handelt sich hier nicht um getrennte Bereiche, sondern eher um zwei Seiten einer Medaille. Denn die Kultur ist nicht nur selbstgenügsam, sondern ein Wirtschaftsmotor. Kultur ist kein reiner Zuschussbetrieb, sondern schafft Werte und Arbeitsplätze. Unser Ziel ist es, die Bedingungen für gewerblich und freiberuflich arbeitende Künstler und Kulturschaffende in Deutschland weiter zu verbessern. Kreative erhalten Unterstützung, um sich durch ihre künstlerische Gestaltungskraft eine wirtschaftliche Existenz schaffen zu können. Bewährt haben sich dabei insbesondere die Kompetenzzentren: Damit erhält die Kultur- und Kreativwirtschaft erstmals auf der Ebene des Bundes eine eigene Plattform für Information, Beratung und Vernetzung. Mit ihren Informationsangeboten tragen sie dazu bei, den Zugang zu bestehenden Fördermaßnahmen zu verbessern, die Professionalisierung und Weiterbildung voranzutreiben, die Marktchancen für Kreative zu optimieren und den Zugang zu internationalen Märkten zu erschließen.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsformate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

Die Fragen 15 und 16 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet: (s.u. 16).

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Die Tanzförderung ist bereits heute ein wichtiger Schwerpunkt der Kulturstiftung des Bundes. Darüber hinaus fördert der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Projekte von nationaler Bedeutung, wie das „Nationale Performance Netz Tanz“ zur bundesweiten Verbreitung zeitgenössischer Tanzproduktionen, das Bundesjugendballett oder die „Tanzplattform Deutschland“, die zu den wichtigsten Tanzereignissen in Europa zählt.

Zudem fördert der Bund Theaterprojekte mit überregionaler oder internationaler Ausstrahlung wie die Ruhrfestspiele Recklinghausen und das Festival Theater der Welt, das alle drei Jahre in einer anderen Stadt Deutschlands stattfindet. Die Kulturstiftung des Bundes vergibt darüber hinaus Fördermittel für Theaterprojekte über den Fonds Darstellende Künste und finanziert auch das Berliner Theatertreffen, das alljährlich zehn wegweisende deutschsprachige Theaterinszenierungen einer Saison einlädt.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen

Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

CDU und CSU haben mit Blick auf das Programm „Kreatives Europa“ stets deutlich gemacht, dass die Förderlinie Kultur ausschließlich nicht-gewinnorientierte, kleinere Kulturprojekte fördern soll. Um diesen Kurs abzusichern, müssen für die einzelnen Programmbereiche finanzielle Mindestanteile festgelegt werden, damit es nicht zu einer schleichenden Kommerzialisierung der EU-Kulturförderung kommen kann. Die EU-Kommission hat mit ihrem Schreiben an den Bundesrat vom November vergangenen Jahres festgehalten, dass der Aktionsbereich Kultur mit 30 Prozent der Mittel ausgestattet werden soll. Das begrüßen wir ausdrücklich. Außerdem müssen zur Evaluierung des Programms neben quantitativen auch qualitative Kriterien herangezogen werden; ansonsten droht eine einseitige Ausrichtung an Großevents.

18. Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Grundsätzlich ist die Form der Finanzierung des Eigenanteils offen und kann sich auch aus öffentlicher Förderung speisen.

Die Linke

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Der Stellenwert der Kulturpolitik ist sowohl in der Programmatik als auch in der praktischen Politik aufgrund des Engagements von Kulturpolitikern und KulturpolitikerInnen der Linken auf allen Ebenen innerhalb in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Das zeigte sich in der Aufnahme eines aussagekräftigen Kulturabschnitts ins Parteiprogramm 2011, im Juni 2013 bei der Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms mit einem umfangreichen Kulturteil, und vor allem in den vielen kulturpolitischen Initiativen in den Parlamenten – vom Bund, über das Europäische Parlament bis hin zu den Ländern und Kommunen. DIE LINKE setzt sich seit Jahren konsequent für die Verbesserung der Rahmenbedingungen kultureller Arbeit und insbesondere der sozialen Lage von Kreativen ein und wird dies auch auf Bundesebene in der neuen Legislaturperiode tun. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat zum Abschluss der laufenden Legislaturperiode eine umfangreiche Publikation zu ihren kultur- und medienpolitischen Positionen und Aktivitäten mit dem Ausblick auf die neue Wahlperiode vorgelegt. „Zukunft ist ein kulturelles Programm“ ist der Titel und unsere feste Überzeugung.

DIE LINKE hat an der Formulierung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

des Deutschen Bundestages (2007) mitgewirkt und setzt sich seitdem für ihre Umsetzung ein. Trotz unseres Engagements sind leider bislang nur wenige der Empfehlungen tatsächlich umgesetzt. So ist es auch in dieser Legislaturperiode nicht gelungen, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. DIE LINKE hatte dazu einen Antrag eingebracht, der die Empfehlung der Enquete-Kommission aufgreift (BT 17/10785 neu). Aufgrund der Verschleppungstaktik der Koalitionsparteien wurde er ebenso wie der Antrag der SPD für eine Staatsziel Kultur und Sport im Bundestag in dieser Legislaturperiode nicht abschließend behandelt. Die Koalition war sich in dieser Sache nicht einig und zögerte die abschließende Lesung immer wieder hinaus. Wir werden unseren Antrag für ein Staatsziel Kultur in der neuen Legislaturperiode erneut einbringen.

In den Haushaltsberatungen haben wir uns seit 2007 beharrlich für die Umsetzung der Empfehlung der Enquete-Kommission eingesetzt, die Mittel für den Fonds darstellende Künste zu erhöhen, so auch bei den Beratungen für den Bundeshaushalt 2013. Zwar wurde unser Antrag, die Mittel für die Bundeskulturstiftung um 10 Millionen Euro aufzustocken, um die Förderfonds (eingeschlossen den Fonds darstellende Künste) besser ausstatten zu können, abgelehnt. Immerhin aber wurde der Etat der Bundeskulturstiftung um 5 Millionen erhöht, wovon 600.000 Euro der Fonds darstellende Künste erhalten sollte, was inzwischen auch geschehen ist.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künst-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

lersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Wir beobachten die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen mit Sorge, nimmt doch der Anteil jener zu, die sich in prekären Verhältnissen befinden und von ihrer Arbeit im Kulturbereich allein nicht leben können. Die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme hinkt den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hinterher, sodass viele von ihnen über keine ausreichende Absicherung verfügen.

Der entscheidende Ansatzpunkt zur Veränderung der sozialen Lage von freien Künstlerinnen und Künstlern liegt unserer Auffassung nach in einer Verbesserung der Einkommenssituation. Deshalb setzen wir uns für Mindesthonorare und eine Reform des Urhebervertragsrechts ein, um eine angemessene Vergütung von Kreativen für ihre Leistungen und die Verwertung ihrer Werke zu gewährleisten.

Für DIE LINKE ist es ein wichtiges Anliegen, die Künstlersozialkasse (KSK) zu erhalten und auszubauen. Sie hat sich grundsätzlich bewährt und ist auch längerfristig aufrecht zu erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass ihre Finanzierung gesichert wird. Die KSK steht hier vor wachsenden Problemen. Da immer mehr Künstlerinnen und Künstler freiberuflich tätig sind, wächst die Zahl derer, die Mitglied in der Künstlersozialkasse werden wollen stetig, d.h. dass auch der Finanzbedarf der KSK steigt. Die Einnahmen aus der Abgabe der Verwerter aber sind in den letzten Jahren gesunken. Damit gerät die Finanzierung in eine Schieflage. Es ist daher dringend notwendig, dass alle Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen ihrer Verpflichtung zur Zahlung der Künstlersozialabgabe nachkommen.

Die Entrichtung der Künstlersozialabgabe sollte deshalb künftig intensiver im Rahmen einer effizienten einheitlichen Prüfung aller Arbeitgeber durch die Deutsche Rentenversicherung geprüft werden. Dazu befand sich der Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfall-

kassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze - BUK-NOG (BT-Drs. 17/12297) im parlamentarischen Verfahren. Die Koalitionsfraktionen haben aber mit einem Änderungsantrag zum eigenen Gesetz genau diese so wichtige Passage gestrichen, mit der recht durchsichtigen Ausrede, dass erst eine valide Datengrundlage in Bezug auf die Verwaltungskosten, die durch diese gesetzliche Regelung verursacht würden, vorliegen müsse. Wir haben in den Ausschüssen heftig gegen dieses Verfahren protestiert, leider hat sich die Mehrheit, also die Koalition, durchgesetzt. Das Gesetz ist in der letzten Sitzungswoche ohne diese Passage verabschiedet worden. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode erneut für eine solche gesetzliche Regelung einsetzen.

Für die Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse ist uns besonders wichtig, dass am offenen Kunstbegriff festgehalten und der vorhandene Spielraum zur Aufnahme neu entstandener Berufsgruppen im künstlerischen und kulturellen Bereich weitestmöglich ausgeschöpft wird. Darüber hinaus müssen Lösungen für die wachsende Zahl von kurzzeitig, unständig und in wechselnden Erwerbsformen im Kulturbereich Beschäftigten und als Selbständige und Freiberufler in anderen Berufsfeldern Tätige gefunden werden. Die bestehenden Sozialsysteme müssen für diese Gruppen geöffnet und entsprechend ihres spezifischen Bedarfs weiterentwickelt werden.

Wir wollen im Grundsatz alle Selbständigen zu fairen Bedingungen sozial absichern. Sofern keine Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse möglich ist, sollen sie zu tragbaren Bedingungen in die allgemeinen Sozialversicherungssysteme einbezogen werden. Durch diese Einbeziehung erhalten Selbständige Zugang zu dem kompletten Leistungspaket der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Außerdem wollen wir die Grundsicherungssysteme durch armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherungssysteme ersetzen. Den Grün-

dungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit möchten wir wieder verbessern.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

DIE LINKE hat sich lange für die Umsatzsteuerbefreiung der Bühnenregisseure, Choreographen, aber auch Bühnen- und Kostümbildner eingesetzt. Seitdem mit der Diskussion um das Jahressteuergesetz 2013 die Frage akut wurde, haben wir vehement für diese Umsatzsteuerbefreiung, die unserer Meinung nach nicht allein die Bühnenregisseure und Choreographen, sondern auch die Bühnen- und Kostümbildner umfassen sollte, gekämpft. Statt groß angekündigter Umsatzsteuerreform ist die Bundesregierung mit ihrem Jahressteuergesetz 2013 gescheitert. Erst kürzlich konnte endlich ein Kompromiss erzielt werden, der nun endlich auch die Umsatzsteuerbefreiung der Bühnenregisseure und Choreografen umfasst. Die Bühnen- und Kostümbildner waren von dieser Regelung bewusst außen vor gelassen worden, mit der Begründung der besseren Durchsetzungsfähigkeit für die Umsatzsteuerbefreiung der Bühnenregisseure. Doch auch für sie bedarf es dringend steuerlicher Neuregelungen. Auch für diese Berufsgruppe und entsprechend für die Finanzverwaltungen muss endlich Rechtssicherheit herbeigeführt werden. Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode weiter für eine Umsatzsteuerbefreiung der Bühnen- und Kostümbildner einsetzen.

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

DIE LINKE tritt generell für einen ermäßigten Umsatzsteuersatz im Kulturbereich ein. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kulturgüter ist eines der wesentlichen Instrumente indirekter Kulturförderung und sollte daher unbedingt beibehalten werden. Er ist für alle Bereiche des kulturellen Lebens von den Künstlern über die Kulturwirtschaft, die Kultureinrichtungen bis hin zu den Nutzern von Bedeutung. Die Partei Die LINKE wird sich auf allen Ebenen für den Erhalt des ermäßigten Umsatzsteuersatzes stark machen. Im Falle der Bühnen- und Kostümbildner befürworten wir einen Umsatzsteuersatz von 0%, da sie unserer Auffassung nach in ihrer Arbeit den Bühnenregisseuren und Choreografen gleichgestellt sind. All diese Berufsgruppen sind mit ihrer Tätigkeit für eine Inszenierung prägend und wesentlich. Eine Theateraufführung wäre ohne den Bühnenregisseur / den Bühnenchoreographen, welche den Charakter der Vorstellung in künstlerischer und kreativer Hinsicht wesentlich prägen, genauso wenig vorstellbar, wie ohne Bühnenbild und Kostüme, d.h. ohne Bühnen- und Kostümbildner.

Was den Künstlerbegriff betrifft, so plädieren wir für einen offenen Begriff, mit dem keine abschließende und ausschließenden Kriterien verbunden werden, damit auch den jeweils neuen Entwicklungen in der Kunstszene Rechnung getragen werden kann, wie sie sich z.B. im Rahmen der Digitalisierung vollziehen.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Zum einen wollen wir den Fonds Soziokultur auf Bundesebene besser ausstatten, zum anderen streiten wir in den

Ländern und Kommunen für eine ausreichende Finanzausstattung, um die kulturelle Infrastruktur in ihrer Breite erhalten und weiterentwickeln zu können. Gerade angesichts der Finanznot halten wir es für dringend notwendig, Kulturentwicklungskonzeptionen für die einzelnen Regionen und spartenspezifische bzw. spartenübergreifende Kulturfördergesetze zu erarbeiten, in denen auch die jeweils notwendigen Finanzierungen festgeschrieben sind.

Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken und eine angemessene Ausstattung der Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen- und Kulturen erreichen.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Günstige Rahmenbedingungen für die Künste und die kulturelle Arbeit zu schaffen, erfordert auf allen Ebenen einen ressortübergreifenden Ansatz. Besonders sinnföällig ist dies in den Kommunen und im ländlichen Raum. Wenn dort – so unser Bestreben – Kulturentwicklungskonzeptionen erarbeitet werden, so sollte dies mit Blick auf die anderen Ressorts und unter Einbeziehung der jeweils Verantwortlichen geschehen. Kulturpolitik ist auch Stadtentwicklungspolitik bzw. Regionalpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und umgekehrt. Kultur braucht nicht nur Finanzen sondern auch nutzbare und bezahlbare Räume und Flächen, die über eine kluge Stadtentwicklungspolitik gesichert werden müssen. Durch den Einsatz von Mitteln der Struktur- oder Be-

schäftigungsförderung können auch im Kulturbereich sinnvolle und zusätzliche tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen und Kulturstrukturen erhalten werden.

In der Zeit der Regierungsbeteiligung der LINKEN in Berlin zum Beispiel erfolgte 2008 die Schaffung von Kulturjobs, d.h. von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen in kulturellen und künstlerischen Institutionen meist für den Zeitraum von drei Jahren, im Rahmen des im Koalitionsvertrag von SPD und derLINKEN vereinbarten Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS). Diese Maßnahme trug wesentlich zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit in verschiedenen kulturellen Bereichen und Institutionen bei und minderte die prekäre Situation von Kreativen. Sie konnte dann aber leider nach 2011 aufgrund neuer bundesweiter Regelungen und des Regierungswechsels in Berlin nicht mehr weitergeführt werden.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Die Finanzausstattung der Kommunen zu stärken, ist für uns der entscheidende Ansatz um die Kulturförderung vor Ort zu sichern. DIE LINKE sieht eine umfassende Gemeindefinanzreform für unbedingt erforderlich an. Die kommunale Ebene ist im Verhältnis zu den ihr übertragenen Aufgaben und Ausgaben mit unzureichenden Finanzmitteln ausgestattet. Um dieses Verhältnis wieder auszugleichen ist der kommunale Anteil am gesamten Steueraufkommen deutlich anzuheben. In den skandinavischen Ländern beträgt dieser Anteil zwischen 40% und 60%. Davon ist Deutschland mit ca. 15% weit entfernt.

Gleichzeitig müssen die Einnahmen der Kommunen stärker als bisher von der konjunkturellen Entwicklung losgelöst werden, damit die Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge – dazu gehört für DIE LINKE

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

unverzichtbar auch die Kultur - nicht von der aktuellen Kassenlage bestimmt wird. Insofern muss im Rahmen einer Gemeindefinanzreform die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzreform weiterentwickelt werden: Sie soll von allen Gewerbetreibenden, Selbständigen und Freiberuflern entrichtet werden. Allerdings sollen durch eine Erhöhung der Freibeträge kleine und mittlere Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler entlastet werden.

Unterm Strich fließt den Kommunen dadurch mehr Geld in ihre Kassen und sie verfügen damit über eine von der konjunkturellen Entwicklung unabhängige Einnahmequelle. Um den Kommunen kurzfristig zusätzliche Einnahmen zu ermöglichen, wollen wir die Gewerbesteuerumlage an den Bund sofort streichen. Mittelfristig ist eine schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an die Länder geplant.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Zunächst setzen wir uns dafür ein, vorhandene Häuser und feste Ensembles zu erhalten. Wir wenden uns gegen Schließungen und Privatisierungen von öffentlichen Theatern und Spielstätten, den Abbau von Personal, den Wegfall ganzer Sparten. Dafür brauchen die Häuser eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung. Andererseits aber fordern wir die stärkere Öffnung der Theater für die freie Szene und eine stärkere Kooperation. Institutionen sollten dauerhafte Anker eines reichen Kulturlebens verschiedener Akteure und verlässliche Partner der freien Szene auch im darstellenden Bereich sein. Und wir fordern eine Aufstockung der Mittel für die freie Szene und eine verlässliche längerfristige Förderung. Qualität braucht auch hier Kontinuität, zumin-

dest für einen klar bestimmten Zeitraum. In Berlin hat sich eine spartenübergreifende Koalition der Freien Szene gebildet, die aus unserer Sicht konstruktive Vorschläge zur Stabilisierung dieses Bereichs entwickelt hat. Sie sind von Bedeutung über diese Stadt hinaus. Wir unterstützen den Forderungskatalog der Koalition grundsätzlich. Über die Umsetzung der einzelnen Vorschläge muss natürlich mit allen Beteiligten diskutiert werden. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch in anderen Städten und Regionen solche Koalitionen bilden und ihre Forderungen an die Politik artikulieren würden.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Projektförderung muss wie gesagt auch kontinuierliche Arbeit ermöglichen und sie muss aus unserer Sicht so ausgestattet sein, dass soziale Mindeststandards eingehalten werden können. Dazu gehört eine angemessene Vergütung der Kreativen. Die Einhaltung dieser sozialen Mindeststandards sollte fest in den Förderkriterien für die jeweiligen Einrichtungen oder das jeweilige Projekt festgehalten werden und die Einrichtungen und Projekte müssen vom Zuwendungsgeber dafür auch die erforderlichen Mittel erhalten. Der Bund könnte und sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Notwendig ist diese Praxis aber auf allen Ebenen.

Wir unterstützen die Forderung der Koalition der Freien Szene in Berlin nach Honoraruntergrenzen, die sich an den Tarifverträgen deutscher Stadttheater orientieren. Die dort vereinbarte

Mindestgage soll Orientierungspunkt für das Mindesthonorar sein, das für die Dauer des Projektes an alle künstlerisch Mitwirkenden bei vom Land Berlin geförderten Projekten gezahlt werden muss. Zugrundegelegt wird dabei das entsprechende Arbeitgeberbrutto nach dem Mindesttarif des Normalvertrags Bühne. Die Anzahl der geförderten Projekte muss dabei gewahrt bleiben, da bereits jetzt lediglich ein Mindestmaß an förderungswürdigen Anträgen berücksichtigt werden kann und eine Verringerung dem Anspruch an Vielfalt und Bandbreite der Förderung widersprechen würde. Das erfordert natürlich eine Aufstockung der Mittel für die Projektförderung durch das Land.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Wie schon erwähnt haben wir zum Haushalt 2013 einen Änderungsantrag eingebracht, die Mittel für die Bundeskulturstiftung um 10 Millionen Euro aufzustocken, um die Förderfonds besser auszustatten und die sog. Freie Szene, insbesondere zeitgenössische Kunstprojekte, besser fördern zu können.

Die zusätzlichen Mittel sollten zum ersten für eine Erhöhung des Bundeszuschusses an den Fonds Soziokultur um mindestens 25 Prozent eingesetzt werden, um insbesondere Projekte im interkulturellen Bereich zu fördern – wie von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in ihrem Abschlussbericht von 2007 vorgeschlagen (BT-Drs. 16/7000 S. 137). Das bedeutet bei einem Zuschuss von einer Milli-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

on Euro eine Erhöhung um mindestens 250.000 Euro.

Zum zweiten sollen die Mittel für den Übersetzerfond von bislang 450.000 Euro auf 1 Million Euro erhöht werden, um sie damit in der finanziellen Ausstattung den anderen Fonds gleichzustellen, auch das eine Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (ebenda S. 332).

Zum dritten sollen die Mittel für den Fonds Darstellende Künste von derzeit 1 Million Euro um weitere 1 Million Euro auf 2 Millionen Euro erhöht werden. Damit soll „die Rolle des Fonds Darstellende Künste bei seiner Aufgabe, Strukturmaßnahmen von bundesweiter Bedeutung zu fördern bzw. als wichtiger Partner für Länder und Kommunen zu fungieren, zu stärken.“ (ebenda S. 117)

Wir folgten damit auch einem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Förderfonds. Sie schlugen vor, den einzelnen Fonds je nach Bedarf zusätzliche Mittel für die interkulturelle Kulturarbeit zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus schlugen wir die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von neuer, zeitgenössischer Musik vor, der nicht auf die Förderung der sog. E-Musik beschränkt ist, also auch elektronische Musik und andere aktuelle musikalische Spielarten fördert, die sich allein über den Markt nicht finanzieren können. Es sollte aber eine klare Aufgabenteilung und Abgrenzung zur Initiative Musik geben (in der zur Zeit ja Pop-Musik und Jazz gefördert werden). Dieser Fonds könnte alternativ zu einer Ansiedlung bei der Bundeskulturstiftung auch beim Deutschen Musikrat angesiedelt werden.

Damit eine Aufstockung der Mittel für die Fonds möglich wird, sollte die 1/7 Klausel in der Satzung der Stiftung über einen Beschluss des Haushaltsausschusses und des Stiftungsrates zugunsten der Fonds verändert werden. Wir halten das immer noch für eine überlegenswerte Variante.

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

Es ist zweifellos erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste mit denen der Länder und Kommunen korrespondieren und auch den Besonderheiten bei der Produktion Rechnung getragen wird. Aus unserer Sicht ist eine Neujustierung der Förderstrukturen und Fördervolumina auf der Ebene des Bundes und auch der Länder und Kommunen zugunsten der Freien Szene und insbesondere der Freien Darstellenden Künste dringend nötig. Wir stehen neuen Vorschlägen aus diesem Bereich auch über die schon benannten Forderungen der Koalition der Freien Szene hinaus aufgeschlossen gegenüber.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Schon in der Ausbildung wie auch in nachfolgenden Informations- und Bildungsangeboten sollte der Doppelcharakter von Kultur als ideelles Gut und als Ware eine Rolle spielen. Neben der künstlerischen Ausbildung sollte deshalb auch Wissen über gesellschaftliche

und ökonomische Zusammenhänge vermittelt werden. Dabei sollten auch wirtschaftliche und unternehmerische Aspekte eine Rolle spielen, um sie auf den künstlerischen Alltag vorzubereiten, in dem die Selbstvermarktung eine immer größere Rolle spielt. Die Ausbildung aber einseitig auf betriebswirtschaftliche Aspekte auszurichten, wäre verfehlt. Es gilt vielmehr den Blick für die Komplexität von Verwertungsprozessen und Förderstrukturen zu weiten. Vor allem aber sollte in viel stärkerem Maße der Blick auf die Nutzer in der Differenziertheit ihrer Erwartungen und Aktivitäten gerichtet werden. Aus unserer Sicht ist ein genereller Perspektivenwechsel in der Kulturpolitik und Kulturarbeit nötig, weg von einer reinen Angebotskultur hin zu einer Kultur, die die „Nutzer“ als Akteure im Kulturprozess ernst nimmt.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Die Zusammenarbeit mit Künstlerverbänden hat für unsere Partei generell einen hohen Stellenwert – auf allen Ebenen. Der Austausch mit Kulturverbänden und -initiativen gehört zu unseren selbstverständlichen Arbeitsprinzipien und wir drängen darauf, dass es auch Arbeitsprinzip der staatlichen und parlamentarischen Akteure ist, den fachlichen Rat schon im Vorfeld von Entscheidungen einzuholen. Dazu brauchen die entsprechenden Verbände feste Strukturen und finanzielle Unterstützung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bundesverband Theater im öffentlichen Raum die notwendige Unterstützung erhält.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu

stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Ja. Wir halten es für eine nationale Aufgabe, auch die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, und setzen uns dafür ein, die Strukturen dafür zu stärken und die Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wir sehen erheblichen Änderungsbedarf beim Urheberrecht und bei nationalen Digitalisierungsprogrammen und haben das auch in einer ganzen Reihe von Anträgen im Bundestag geltend gemacht so zum Beispiel in unserem Antrag „Die Chancen der Digitalisierung erschließen – Urheberrecht umfassend modernisieren“ (BT-Drs. 17/6341) und im Antrag „Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen“ (BT-Drs. 17/6096).

DIE LINKE schlägt ein Bundesprogramm zur Digitalisierung des kulturellen Erbes vor und hat dies als erste Fraktion im Bundestag eingebracht. Es soll mit mindestens 30 Millionen jährlich ausgestattet sein und in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen umgesetzt werden. Wir werden dieses Anliegen auch in der neuen Legislaturperiode weiter verfolgen und uns in diesem Zusammenhang auch mit den spezifischen Problemen im Tanz- und Theaterbereich näher befassen. Für Gespräche und Anregungen zu diesen Themen sind wir jederzeit offen.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander

greifen, damit sich die Kulturwirtschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Im August 2012 ist ein bemerkenswertes Forschungsgutachten zum öffentlich geförderten, intermediären und privaten Kultursektor - zu Wirkungsketten, Interdependenzen und Potentialen erschienen, das im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien BKM im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung erstellt wurde. Es gibt Aufschluss über Veränderungen in der Erwerbstätigkeit, die Gewichte der verschiedenen Sektoren und ihre Wechselwirkungen.

Laut dieser Studie waren im Jahr 2008 von den insgesamt 37,7 Millionen Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft etwa 1,7 Millionen Erwerbstätige (3,8 Prozent) in den drei Kultursektoren, also im öffentlich geförderten Kultursektor, im intermediären Kultursektor und in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Etwa 90 Prozent dieser Erwerbstätigen waren im privaten Sektor, also in der Kultur- und Kreativwirtschaft, angesiedelt.

Allein diese Zahl verweist auf die Bedeutung des privaten, erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienenden Bereichs der Kulturarbeit. Sie zeigt auch das Problem: Der erwerbswirtschaftliche Zweig hat sich im Vergleich zu den anderen Sektoren in den letzten Jahrzehnten erheblich vergrößert – mit widersprüchlichen Folgen für den Kulturbereich und die in ihm Tätigen. Zwar haben sich neue Arbeitsmöglichkeiten für Kreative eröffnet, an den Umsätzen der Branche aber sind sie nur in geringem Maße beteiligt, die Mehrzahl der wachsenden Gruppe von Freien lebt unter prekären Verhältnissen. Weshalb auch die Autoren der genannten Studie zum Schluss kommen, der aus unserer Sicht nur zu unterstützen ist:

Nötig ist derzeit vor allem die Stärkung der nicht erwerbswirtschaftlich orientierten Kultursektoren, des öffentlichen und intermediären Kultursektors. Wir fügen hinzu: Notwendig ist der Stopp weiterer Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen sowie des Abbaus von Personal im öffentlichen Bereich. Zwingend ist eine Stabilisierung und längerfristige Sicherung des frei-gemeinnützigen Bereichs, der derzeit wesentlich auf Ehrenamt oder unterbezahlter kurzfristiger Projektarbeit beruht.

Und innerhalb der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft müssen aus unserer Sicht die sozialen Aspekte eine viel größere Rolle spielen – fair work und Honoraruntergrenzen auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

**15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsmo-
dellate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?**

Aus unserer Sicht geht es in der Förderung vor allem um Nachhaltigkeit, das heißt um stabile Strukturen vor Ort. Dennoch ist auch uns die wichtige Rolle von Festivals, Messen und ähnlichen Veranstaltungen bewusst. Wir sind für Anregungen und eine Verständigung darüber, welche Formate sich als tragfähig erwiesen haben, offen. Was die Kulturförderung des Bundes generell betrifft, sind wir der Auffassung, dass eine ganze Reihe von „Erbhöfen“ in Bezug auf die Notwendigkeit weiterer Förderung überprüft werden müssen und neue Konzepte für eine Kulturförderung auf der Basis eines Kulturberichts des Bundes erarbeitet werden sollten. In diesem Zusammenhang ist dann auch neu über die Förderung von Festivals im Bereich der Darstellenden Künste nachzudenken.

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Eine Exportförderung auch für die Darstellenden Künste ist von der Sache her im Interesse der Kreativen nötig. Welche Formen dafür praktikabel sind, darüber werden wir uns gern mit Ihnen verständigen.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Kultur ist für DIE LINKE Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und darf nicht ausschließlich nach Binnenmarkt-logischen Regeln behandelt und schon gar nicht kommerziellen Exportinteressen untergeordnet werden. Kurz- und mittelfristig liegt ein wichtiger Schwerpunkt der praktischen kulturpolitischen Arbeit der LINKEN auf EU-Ebene auf den noch anhaltenden Verhandlungen über die entscheidenden EU-Förderprogramme im Bereich Kultur und Bildung darunter das Programm Kreatives Europa 2014-2020, das unter anderem die Förderung von Film, Kultur und Kreativschaffenden beinhaltet. Dabei geht es in der jetzigen Phase insbesondere um die Sicherstellung einer hinreichenden finanziellen Ausstattung sowohl durch den EU-Haushaltsrahmen 2014-2020 als auch in den jährlichen Haushaltsverhandlungen auf dessen Basis. Da ein Großteil der EU-Kultur- und Bildungsfördermittel über die Strukturfonds vergeben wird, gilt dies analog auch für sie und zusätzlich für weitere Finanzinstrumente, mit denen der Kultur- und Bildungsaustausch mit Ländern außerhalb der EU gefördert wird.

DIE LINKE hat sich in den Verhandlungen um das Programm Kreatives Europa sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene gegen eine

weitere Ökonomisierung des Kultursektors ausgesprochen und darauf gedrängt, dass die Kulturförderung auf Non-Profit-Projekte beschränkt wird, die Projekte qualitativ evaluiert werden und die finanziellen Mindestanteile der Säulen KULTUR und MEDIA festgeschrieben werden. Dass insbesondere kleinere und mittlere Strukturen auch aus dem Bereich der Darstellenden Künste am zukünftigen EU-Kulturprogramm partizipieren können, ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden die Ausgestaltung des Programms in dieser Hinsicht weiter kritisch begleiten.

18. Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Die Möglichkeit einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte nach dem Beispiel anderer europäischer Länder werden wir prüfen.

FDP

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Kulturpolitik hat bei uns Liberalen einen sehr hohen Stellenwert, dies zeigt der Anteil der kulturpolitischen Themen in unserem Bürgerprogramm 2013 sowie das hohe Engagement der zahlreichen Kulturpolitiker als ordentliche oder stellvertretende Mitglieder im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Wir haben als erste im Auswärtigen Amt das Amt des Staatsministers für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik geschaffen.

Das hohe Engagement der FDP in Sachen Kultur zeigt sich aber auch in der Haushaltspolitik: Es ist uns in den letzten vier Jahren gelungen, die Mittel für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf ein Rekordniveau anzuheben. Rund ein Drittel des Etats des Auswärtigen Amtes gehört zum Kultur- und Bildungsetat. Zudem haben wir als Liberale mit dafür gesorgt, dass auch der Etat des Beauftragten für Kultur und Medien in allen Jahren erhöht wurde. Auch die erfolgreiche Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung im Bundeswirtschaftsministerium konnten wir verstetigen und im Jahr 2013 sogar um eine Millionen Euro aufstocken. Allein 13 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen gaben wir in Bildung und Forschung – so viel wie keine Bundesregierung zuvor. Das alles ist unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidie-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

rung nicht selbstverständlich und wir sind stolz darauf, dass uns diese gelungen ist. Das zeigt den Stellenwert bei der FDP in allen Ebenen aber besonders bei den Haushaltspolitikern.

Ein weiteres Indiz für den hohen Stellenwert bei sehr vielen Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion ist der nicht abreißende Wunsch der FDP-Bundestagsfraktion nach Kulturfrühstücken in allen Regionen Deutschlands. Wir konnten im Juni 2013 in Aachen auf unser 73. Kulturfrühstück verweisen und allein in der 17. Wahlperiode auf das 22. Kulturfrühstück. Wir spüren einen starken Wunsch vor Ort, über Kultur zu sprechen. Für die Bundestagsfraktion ist es wichtig, die Augen auch in den Regionen offen zu halten und mit den Künstlern und Kreativen vor Ort zu sprechen und aufzunehmen, was diese bewegt. Dies bereichert unsere kulturpolitische Arbeit in Berlin. In dieser Wahlperiode konnten wir mit rund 5.000 Gästen sowie vielen, vielen engagierten Podiumsgästen über die Kulturpolitik der FDP von Rostock bis Konstanz und Aachen bis Bautzen sprechen. Dabei konnte der Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle sechs Mal als Hauptredner gewonnen werden.

Der Stellenwert ist auch daran ablesbar, dass wir uns in der Fraktion einig sind, dass die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz wichtig ist. Dies schrieben wir auch im Wahlprogramm fest. Es ist nicht ersichtlich, warum die materiellen Grundlagen des menschlichen Daseins als Staatsziel unter einem besonderen Schutz stehen sollen, die Kultur als ideale Lebensgrundlage des Menschen jedoch nicht. Stärker als je zuvor bildet die Kultur das zentrale Identifikationsmoment unserer Gesellschaft.

Hinsichtlich der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ haben wir in der 17. Wahlperiode einiges geschafft: Es ist uns gelungen, den Etat der unter der Kulturstiftung des Bundes liegenden Fonds im Haushalts-

jahr 2013 zu erhöhen, d.h. auch für den Fonds Darstellende Künste sowie den Fonds Soziokultur. Zudem konnten wir die Forderung erfüllen, dem Bundesverband Freier Theater eine Förderung für eine bundeseinheitliche Vertretung zu gewähren. Darüber hinaus konnten wir – insbesondere auf Grund des Engagements der Liberalen – die Stiftung „Transition“ für eine Übergangsphase weiterhin finanzieren sowie ein Programm zur Kooperationsförderung neu aufgelegt.

Wir halten einen engen Kontakt zu Verbänden, um Problemlagen schnell zu erkennen und reagieren zu können.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufe insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Die Zahl der selbständigen Freiberufler hat Anfang des Jahres 2012 mit knapp 1,2 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Sie geben 3,1 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. In den letzten 20 Jahren haben sie über 1,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Damit sind die Freien Berufe ein Wachstumsmotor der Sozialen Marktwirtschaft.

Für die soziale Absicherung der Freien Berufe gelten teilweise Besonderheiten, die die besonderen Bedürfnisse der jeweiligen Berufsgruppe berücksichtigen. Dazu gehören die berufsständischen Versorgungswerke für die Alterssicherung sowie die Künstlersozialkasse als sozialpolitische Errungenschaft, die der besonderen Rolle der Kreativen in der Gesellschaft Rechnung trägt.

Die besondere soziale Absicherung der Kreativen drückt sich auch durch die Art ihrer Finanzierung aus. Denn

anders als andere sozialversicherte Selbstständige müssen Kreative ihren Sozialversicherungsbeitrag nicht allein tragen. Vielmehr ist die Aufbringung der Mittel für die Künstlersozialversicherung auf drei Beteiligte verteilt. Die Hälfte der Ausgaben tragen die Versicherten, die andere Hälfte zahlen die verwertenden Unternehmen mit 30 Prozent und der Bund durch einen Steuerzuschuss in Höhe von weiteren 20 Prozent. Aufgrund dieser breiten Finanzierungsbasis ist es möglich, dass für Kreative in der Regel der volle Beitragssatz zu den Sozialversicherungen eingezahlt wird, der zu einem entsprechend hohen Sozialversicherungsschutz führt.

Wir Liberalen wollen, dass die positiven Effekte der freiberuflichen Selbstverwaltung und berufsrechtlichen Regelungen angemessen berücksichtigt werden und die Qualitätssicherung und wirtschaftliche Unabhängigkeit bei Freien Berufen nicht unterminiert werden. Außerdem sollen weiterhin stabile Rahmenbedingungen für die Altersversorgungssysteme der Freien Berufe gewährleistet und eine verlässliche Friedensgrenze zur Gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten werden. Eine Einheitsversicherung durch Einbeziehung der Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung lehnen wir entschieden ab. Die FDP hat die Künstlersozialversicherung als Instrument sozialer Sicherheit für Kreative Anfang der Achtzigerjahre mitbegründet und will es für die Zukunft erhalten und fortentwickeln.

Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und sie stärker durch private oder betriebliche Vorsorge ergänzen. Riester-Produkte sind dank der Liberalen transparenter und attraktiver geworden. Wir haben die private Absicherung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit sowie die Eigenheimrente gestärkt. Auch im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten. Wir wollen die Zu-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

rechnungszeiten schrittweise auf 62 Jahre anheben und die Bewertung des der Rentenberechnung zugrunde liegenden Einkommens verbessern. Dies kommt auch den in der Künstlersozialversicherung versicherten Kreativen zugute.

Wir wollen außerdem die Anreize verbessern, dass Erwerbstätige schon in jungen Jahren mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge beginnen. Dies gilt insbesondere für Solo-Selbstständige und Geringverdiener. Die Vorteile der staatlich geförderten Altersvorsorge müssen allen Bürgern zugutekommen. Wir wollen Selbständigen den Weg zur Riester-Förderung eröffnen und erreichen, dass auch diejenigen, die trotz aller Anstrengungen im Erwerbsleben im Alter auf die G3rundversicherung angewiesen sind, von ihrer Vorsorge profitieren. Damit sich Vorsorge immer lohnt, wollen wir einen Freibetrag für private und betriebliche Altersvorsorge bei der Grundsicherung im Alter einführen. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken.

In der Arbeitslosenversicherung gibt es für Selbstständige die Möglichkeit, sich freiwillig weiter zu versichern. Diese Regelung halten wir für sinnvoll, daher haben wir uns für ihre Beibehaltung eingesetzt. Die christlich-liberale Koalition hat 2010 die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung entfristet und gleichzeitig modifiziert. Während die Beiträge an die der Pflichtversicherten angepasst wurden, ist der Beitrag im ersten Jahr der Versicherung nun nur hälftig zu zahlen, um den besonderen Schwierigkeiten während der Startphase der Existenzgründung Rechnung zu tragen.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tä-

tigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

Nach unserer Verfassung sind für die Finanzverwaltung der meisten Steuern die Länder zuständig. Seit langem gibt es Hinweise, dass die Kommunikation der einzelnen Bundesländer untereinander nicht optimal ist. Deswegen hatte die FDP in der Föderalismuskommission II gefordert, die bundeseinheitliche Steuerverwaltung einzuführen. Dann wäre sichergestellt, dass in allen Ländern die gleichen Maßstäbe bei der Umsetzung der Steuergesetze angewendet werden. Unser Vorschlag hat weder bei den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages noch bei den Ländern Unterstützung gefunden. Die FDP bedauert das sehr und wird im Falle einer neuen Föderalismuskommission die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Steuerverwaltung in die Verhandlungen einbringen.

Die FDP will beste steuerliche Rahmenbedingungen für Künstler. Eine Verschlechterung lehnt die FDP ab.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Nationale Minderheiten werden richtiger Weise gefördert. Die Sorben, Sinti und Roma, Dänen und Friesen bereichern das kulturelle Leben in Deutschland. Sie sind wichtiger Bestandteil der vielfältigen deutschen Identität. Die Förderung ist unerlässlich, damit sie ihre Sprachen erhalten, ihre Kultur pflegen und ihre Tradition wahren können. Daran werden wir auch in Zukunft fest-

halten. Auch die deutschen Minderheiten erfahren vielfältige Unterstützung im Ausland. Sie sind wichtige Brückenbauer für Völkerverständigung. Die deutsche Sprache und die Pflege ihrer kulturellen Identität sind für die Angehörigen der deutschen Minderheiten in besonderem Maße essentiell. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Wir verweisen auf unseren Antrag „Zukunft für ländliche Räume – Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ BT-Drs. 17/11654. Dort empfehlen wir, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das heißt im Bereich Kultur:

- Erhalt und Stärkung der kulturellen Infrastruktur und Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten, z. B. durch Verbesserung der Mobilität in ländlichen Regionen über den ÖPNV als Grundvoraussetzung für die Teilhabe an Kultur und Empfehlung an die Länder, bei der Vergabe öffentlicher Mittel die Förderung kultureller Vielfalt und aktivierender Kulturarbeit genauso zu schätzen wie kulturelle Spitzenförderung;
- differenzierte Angebote zur kulturellen Teilhabe und zur kulturellen Bildung als Basis für die aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens erhalten und weiterentwickeln;
- Erhalt möglichst vieler Kinos – der oft einzigen Kulturinstitutionen auf dem Land – durch das Förderprogramm zur Digitalisierung der Kinos in Deutschland, welches der Bund zusammen mit den Ländern und der Filmwirtschaft auf den Weg gebracht hat;

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

- zur Förderung von Kenntnis, Wertschätzung und Weiterentwicklung von Heimatkultur und Vielfalt heimatlicher Kultur in den ländlichen Regionen Entwicklung eines kulturellen Infrastrukturplanes in interkommunaler Zusammenarbeit;

- Empfehlung an die Bundesregierung, die Mittel für die Städtebauförderung als Instrument der nachhaltigen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden auf hohem Niveau zu verstetigen und für Planungssicherheit zu sorgen.

Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, die Substanzerhaltungs- und Restaurierungsprogramme des Bundes für unbewegliche Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung weiterhin gut auszustatten.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Kultur ist Ländersache (Kulturhoheit der Länder). Der Bund kann hier nicht einwirken. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen geht dies nicht. Von den ca. 9,3 Mrd. Kulturausgaben aus öffentlicher Hand geben die Länder ca. 43 Prozent, die Kommunen 44,5 Prozent und der Bund die restlichen 12 bis 13 Prozent. Das ist für die Länder und die Kommunen (siehe Art. 30 GG und Art. 28 GG) ein enormer Anteil aber auch richtig so, denn Kultur ist nun mal eine Sache der örtlichen Daseinsvorsorge.

Wir haben den gefragten Punkt ausführlich und mehrmals in der 17. Wahlperiode im Kulturausschuss diskutiert. Immer wieder kamen wir zu dem Ergebnis, dass ein Nothilfefonds verfassungsrechtlich nicht möglich ist.

Wir setzen auf unsere Instrumente der Projektförderung der KSB und der sonstigen Maßnahmen, die der Bund aufgebaut hat, aber Ländern und Kommunen helfen, wie unser Denkmalchutzprogramm. Für uns ist ein stabiler Kulturretat des Bundes auch ein Si-

gnal an die Länder und Kommunen. Zum Etat des BKM, des AA und des BMWi in Sachen Kultur siehe Antwort zu Frage 1.

Entscheidend ist aber auch, dass die kommunalen Finanzen auf ein stabiles Fundament gestellt werden. Dazu gehört eine Reform der Gewerbesteuer ebenso wie die Beachtung des Konnexitätsprinzips: Kommunen dürfen von Bund oder Ländern künftig nur noch mit Aufgaben betraut werden, wenn die Finanzierung durch den jeweiligen Gesetzgeber sichergestellt wird – nach dem Motto: „Wer bestellt, bezahlt.“ Die Gewerbesteuer will die FDP durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzen.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Mit unserer Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung, angesiedelt beim Bundeswirtschaftsministerium und beim BKM, haben wir schon gut vorgelegt. Die Initiative ist überaus erfolgreich. Im Jahr 2013 konnten wir in den parlamentarischen Beratungen den Etat noch einmal um eine Million Euro erhöhen. Wir unterstützen viele kleine und mittlere Unternehmen wie auch die Künstler selbst mit einer Reihe von Informations-, Beratungs- und Fördermaßnahmen über die Beratungsangebote der Regionalbüros des Kompetenzzentrums in den Bundesländern oder dem Preis Kultur und Kreativpiloten Deutschland. Dieses Angebot sich verändernden Bedingungen nach Möglichkeit anzupassen ist für uns selbstverständlich. Des Weiteren streben wir an, den Innovationsbeitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft näher zu untersuchen und eine Erwei-

terung des bestehenden Innovationsbegriffs um nichttechnologische Elemente zu prüfen, um auf diesen Weg bestehende Finanzierungsinstrumente für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu erschließen.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Die Politik kann und soll nur die Rahmenbedingungen setzen. Es ist ihre Aufgabe für eine vielfältige Kultur zu sorgen, die keine Restriktionen setze und Freiheit gewährleistet. Gute Kulturpolitik garantiere diese Vielfalt! Es ist wichtig, dass Jurys entscheiden, nicht die Politik.

Im Entschließungsantrag zum Siebten Gesetz zur Änderung des Filmförderungsgesetzes forderten wir die Bundesregierung auf, bei der FFA dafür zu werben, die Einhaltung sozialer Mindeststandards bei der Produktion geförderter Projekte nachweislich und nachhaltig sicher zu stellen. Ein direkter Einfluss ist nicht möglich und nicht gewollt

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente

(etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Es ist den Koalitionsfraktionen gelungen, die Fonds im Jahr 2013 über die Kulturstiftung des Bundes besser auszustatten. Um rund 5 Mio. Euro konnten die Fonds insgesamt erhöht werden. Die 1/7 Regelung der KSB erwies sich dabei als hinderlich für eine flexible Erhöhung der Fonds. Unter diesen Bedingungen müssen wir in der nächsten Wahlperiode sehen, wie wir bei dem Ziel vorankommen, die Fonds besser auszustatten.

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

Wir haben uns hierzu noch keine abschließende Meinung gebildet. Wir werden das Thema in der nächsten Wahlperiode prüfen und diskutieren, dies jedoch nicht, ohne die Plattform Darstellende Künste gehört zu haben.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Die FDP teilt die Auffassung, dass Hochschulstudiengänge dem Anspruch auf Berufsqualifizierung genügen müs-

sen. Gerade der Anwendungsbezug und die ökonomischen Aspekte und Implikationen im Kontext der Wissensvermittlung spielen hierbei eine zunehmend bedeutende Rolle. Wir stellen fest, dass unsere Hochschulen diesen Umstand erkannt haben und bei der Ausgestaltung ihrer Studienordnung zunehmend berücksichtigen. Eine unmittelbare politische Intervention ist daher nicht erforderlich und würde auch nicht unseren Vorstellungen von Hochschulautonomie entsprechen.

Ähnlich verhält es sich mit Qualifizierungsprogrammen im Bereich der Weiterbildung. Wir sind der Überzeugung, dass es viele gute Ansätze unterschiedlicher Anbieter (von privaten Weiterbildungsträgern bis zu Hochschulen) gibt, die Künstlerinnen und Künstlern die notwendige Unterstützung bei der Vermittlung von Kompetenzen mit Blick auf die ökonomischen Verwertung von Kunstprodukten liefern. Letztlich ist es aber an den jeweiligen Personen darüber zu entscheiden, welche Angebote der individuellen Bedarfslage entsprechen und wahrgenommen werden. Gleichzeitig wollen wir, z.B. mit Bildungsgutscheinen oder Bildungssparprogrammen, die finanzielle Basis dafür schaffen, dass ein solches Angebot auch wahrgenommen werden kann.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Wir erachten die Zusammenarbeit als sehr wichtig. Positionen, die wir erhalten, werden selbstverständlich in der politischen Meinungsbildung berücksichtigt. Bei jedem Entscheidungsprozess gibt es zahlreiche Positionen der Stakeholder, die einer Interessenabwägung bedürfen. Die weitere Professionalisierung innerhalb der Strukturen muss selbst aus den Verbänden heraus erfolgen.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Wir haben es geschafft, die Übergangsförderung für die Stiftung Transition zu verstetigen (wird nun über KMK weitergeführt). Wir wollen uns nun auf die Kooperationsförderung konzentrieren. Es ist uns gelungen, für die Kooperationsförderung für die nächsten Jahre 575.000 Euro für Projektmittelförderung zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren haben wir Kongresse auf Bundesebene unterstützt, um Akteure in den Bereichen Freie Theater und Tanz zusammenzuführen.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode den Wert des geistigen Eigentums stärken. Nur durch echte Akzeptanz für die gesellschaftliche Bedeutung kreativer Leistungen können wir das hohe Schutzniveau des geltenden Urheberrechts erhalten. Kunst und Kultur, Kultur- und Kreativwirtschaft sind ohne den Schutz geistigen Eigentums nicht denkbar. Verletzungen des geistigen Eigentums im Internet sollen ebenso konsequent und wirksam bekämpft werden wie Verletzungen des Urheberrechts in der analogen Welt. Forderungen nach einer grundlegenden Revision des Urheberrechts sind unbegründet. Die berechtigten Belange der Nutzer müssen im Rahmen eines angemessenen Interessenausgleichs auch weiterhin auf sachgerechte Weise berücksichtigt werden. Im Zentrum des Urheberrechts muss aber auch in Zukunft der Schutz der kreativen Leistung stehen.

Im Bereich des Urheberrechts ist es uns ein besonderes Anliegen Anreize, kreativ tätig zu werden und damit neue, innovative Inhalte zu schaffen, weiter zu fördern. Hierdurch dürfen al-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

lerdings technischer Fortschritt und neue legale Geschäftsmodelle nicht unnötig behindert werden.

Es muss noch stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, dass das Urheberrecht die rechtliche Basis für das Einkommen vieler tausend Menschen in Deutschland ist. Die Kreativwirtschaft trägt zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis einen erheblichen Teil bei, der deutlich über dem Anteil anderer Wirtschaftszweige liegt.

Allgemein gilt, wer urheberrechtlich geschützte Werke verwenden möchte, muss den jeweiligen Rechteinhaber fragen, denn diesem obliegt die Entscheidung, welche Nutzung er für seine Werke zulässt. Um dies zu garantieren, muss eine rechtssichere Infrastruktur vorliegen, die eine möglichst einfache Ermittlung des Rechteinhabers erlaubt. Eine verstärkte und ernsthafte internationale Zusammenarbeit muss vorangetrieben werden, um die Rechte durchsetzung sicherzustellen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Digitalisierung von Kulturgut und damit zur Bewahrung des nationalen Erbes leistet die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB), ein Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern und Kommunen, die zudem nationaler Daten-Aggregator für die Europäische Digitale Bibliothek (Europeana) ist.

Wir wollen die Digitalisierung im Rahmen der DDB weiter intensivieren (siehe Antrag der FDP im Deutschen Bundestag „Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles Erbe beginnen“, BT-Drs. 17/6315), damit kulturelles Erbe und wissenschaftliche Information sukzessive im gebotenen Umfang online verfügbar werden. Zudem ist es notwendig, den Fokus auf die Langzeitarchivierung zu richten, um die digitalen Daten auch für die Nachwelt verfügbar zu halten.

Ist der Rechteinhaber eines Print-, Musik- oder Filmwerks weder feststellbar noch auffindbar, so dass ein sog. verwaistes Werk vorliegt, sollte dieses aus Gründen des Allgemeininteresses und zu nicht gewerblichen Zwecken

auch zustimmungsfrei öffentlich zugänglich gemacht werden. Wir haben mit dem Gesetz zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke (BT-Drs. 17/13423) die rechtliche Voraussetzungen geschaffen, dass zukünftig verwaiste Werke in Bibliotheken, Archiven und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten digitalisiert und ins Internet gestellt werden können. Auch vergriffene Werke können in Zukunft leichter digitalisiert und in gemeinnützigen Einrichtungen über das Internet verfügbar gemacht werden.

Die Sicherung des nationalen Filmerebes haben wir forciert, indem wir im Bundesarchivgesetz eine Pflichtregistrierung für deutsche Kinofilme eingeführt haben und einen Antrag zum Thema Filmrechte vorlegten (BT-Drs. 17/11006 „Das Filmerebe stärken, die Kulturschätze für die Nachwelt bewahren und im digitalen Zeitalter zugänglich machen“). Hier fordern wir die Bundesregierung auf, ein Konzept zur Digitalisierung des Filmerebes zu erarbeiten und auf dieser Basis eine Kostenschätzung vorzunehmen sowie die allgemeine Pflichthinterlegung zu prüfen. Hier werden wir in der nächsten Wahlperiode ansetzen.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist neben der öffentlichen und der zivilgesellschaftlich finanzierten Kultur die dritte,

privatwirtschaftlich getragene Säule der Kultur in Deutschland. Selbstverständlich kommt ihr eine hohe Bedeutung zu. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftsbereich, der kulturell und wirtschaftlich bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervorbringt und maßgeblich zur kulturellen Vielfalt und Bruttowertschöpfung in Deutschland beiträgt. Zu ihr gehören Verlage, Designer, Architekten, Filmschaffende, Musiker und viele mehr, deren beruflicher Erfolg in besonderem Maße von Kreativität abhängt. Im Jahr 2011 hat dieser Bereich mit 62,7 Mrd. Euro zur Bruttowertschöpfung beigetragen. Die Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft lagen bei rd. 143 Mrd. Euro. 244.000 Unternehmen und knapp 1 Mio. Erwerbstätige sind in diesem Wirtschaftszweig tätig. Die Quote der Selbständigen ist mit 26 Prozent vergleichsweise hoch. In der Gesamtwirtschaft liegt die Quote bei 11 Prozent. Allein der Bereich Darstellende Künste generiert Umsätze in Höhe von 3,62 Milliarden Euro und leistet damit einen Anteil von 2,3 Prozent. Dieser Markt mag noch ein niedriges Niveau haben, hat aber die größten Steigerungsraten in den letzten Jahren mitgemacht. Man sieht, dort bewegt sich etwas .

Seit Regierungsantritt hat die christlich-liberale Bundesregierung – und ganz besonders das Bundeswirtschaftsministerium – einen Schwerpunkt auf die Kultur- und Kreativwirtschaft gelegt, denn sie ist eine der wichtigsten Zukunftsbranchen unseres Landes. (siehe zu den Haushaltsdaten Antwort zu Frage 1)

Durch das „Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft“ werden gerade die vielen Kleinst- und Kleinunternehmen der Branche unterstützt. Die Bundesregierung will auf diese Weise den Akteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft helfen, nicht nur künstlerisch und kulturell Fuß zu fassen, sondern zukünftig auch wirtschaftlich auf festem Boden zu stehen. In den von uns initiierten regionalen Anlaufstellen der Kompetenzzentren können Kultur-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

und Kreativschaffende Beratungsangebote in Anspruch nehmen. Auch der bundesweit vergebene Preis der „Kultur- und Kreativpiloten“ hilft den Kreativen, ihre Ideen weiterzuentwickeln und unternehmerisch Fuß zu fassen. So zählte im Jahr 2012 beispielsweise das Theaterkollektiv WHAT YOU SEE IS WHAT YOU GET bestehend aus Regisseuren, Videokünstlern, DJs, Dramaturgen und Bühnenbildnern aus München zu den Preisträgern.

Wirtschafts- und Kulturpolitik greifen bei der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft hervorragend zusammen. Wir wollen die Initiative verstetigen. Des Weiteren streben wir an, den Innovationsbeitrag der Kultur und Kreativwirtschaft näher zu untersuchen und eine Erweiterung des bestehenden Innovationsbegriffs um nichttechnologische Elemente zu prüfen, um auf diesen Weg bestehende Finanzierungsinstrumente für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu erschließen.

Zum einen haben wir die Erkenntnis gewonnen, dass durch die starke Entwicklung des Themas – auch von Seiten des Bundes – Kommunen und Länder nachgezogen haben und die Wirtschaftsförderung für diesen Bereich geöffnet haben. Zum anderen haben auch die Partner in den Ländern und Kommunen erkannt, es ist aus Sicht der Wirtschaftsförderung wichtig, diesen Bereich mehr in den Blick zu nehmen, denn auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft werden wirtschaftliche Leistungen erbracht.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsformate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

Es ist wichtig, dass sich die verschiedenen Interessengruppen zusammenschließen, um mit einer lauten Stimme zu sprechen, um anders wahrgenommen zu werden. Die Bundesregierung kann hier aber nicht direkt unterstützen. Wir möchten hier keine einzelnen Beispiele herausstellen, alle Bemühungen, die Interessen zu bündeln sind lobenswert und in der Ansprache effizient.

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Design bereits erfolgreich praktiziert wird?

Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft ist auch offen für andere Projekte. Bisher hat die Initiative im Bereich Design ein Pilotprojekt und im Bereich Musik den Deutschlandauftritt auf der South by Southwest Music Conference in Austin unterstützt. Bei all diesen Initiativen muss geschaut werden, was der Bund leisten kann und ob dies finanziert werden kann.

Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft hat im Bereich Darstellende Künste den Innovationspunkt Europäische Märkte für Kreative des Internationalen Theaterinstituts (ITI) unterstützt. Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft konnte hier die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für dieses neue Projekt schaffen. Des Weiteren unterstützt die Initiative das Symposium "Theater und Kulturräume im 21. Jahrhundert als Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft" sowie eine weitere Konferenz.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik. Besonders im Zuge der derzeitigen europäischen

Staatsschuldenkrise, gewinnt das gegenseitige Verständnis innerhalb der EU an Bedeutung. Daher werden wir auch künftig einen Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik innerhalb der EU durchführen.

18. Wie stehen Sie zur Zusage einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Wir sind stolz darauf, dass es dieser Bundesregierung gelungen ist, die Mittel für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf ein Rekordniveau zu heben. Dies ist umso erfreulicher, als das dies auch in Deutschland unter den Bedingungen der Budgetzwänge gelungen ist. Erwähnt werden soll, dass auch die Mittel für die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik begrenzt sind und das Auswärtige Amt die Restriktionen zur Haushaltskonsolidierung solidarisch mitträgt.

Piratenpartei

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Die Piratenpartei ist eine Kulturpartei und begreift jeden Menschen als kulturaktives Wesen. Der Ursprung der Piratenpartei liegt in einem kulturellen Interesse an allen medial verfügbaren künstlerischen Inhalten und deren Erhalt.

Jeder Mensch soll uneingeschränkt Zugang zu diesen Inhalten haben um sich bilden, erfreuen und inspirieren zu lassen. Diesen Stellenwert kann man aus der Entwicklung der Piratenpartei erkennen.

Die neueren Positionen der Enquete-Kommission spielen hierzu keine Rolle, da diese nicht ansatzweise den neuen Anforderungen an die für uns wichtigen digitalen Lebens- und Erfahrungsräume gerecht werden. Hier gilt es, neue Wege zu gehen und vor allem zu begreifen, dass die bisher vorherrschenden föderalen Kulturhoheiten der Länder nicht nur der Entwicklung gemeinsamer Identitäten im Wege stehen, sondern auch dass der kulturelle Lebensraum keinerlei regionalen Bezüge mehr hat, außer der Individualität der Prosumenten, also Menschen, welche Kunst erzeugen und zudem auch nutzen.

Viele grundlegende Bekenntnisse in diesen Empfehlungen finden sich auch im Grundsatzprogramm der Piratenpartei, aber dieser Bericht ist jetzt über 5 Jahre alt und somit zum Großteil schon wieder obsolet.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Die KSK hat den Wandel der Kulturwirtschaft nicht begriffen, denn die Diversifizierung zu immer kleineren, sich selbst organisierenden Kreativzellen braucht auch eine Umdeutung der Abgabepflicht. Hier müssen die Oligopole der Kreativwirtschaft weit stärker in die Pflicht genommen werden, als kleine Marktteilnehmer. Hier könnte die KSK eine Rolle in der Wettbewerbsregulierung spielen.

Die Nachweispflicht für Künstler ist teilweise nicht zu erfüllen. Die Abteilungen der KSK sind unterbesetzt und können eine zeitnahe Betreuung der Künstler nicht gewährleisten. Schätzungsbescheide der KSK sind nicht nachvollziehbar und bringen gerade kleinen, sich selbst vermarktenden Teilnehmern der Kreativwirtschaft existenzielle Gefahren. Die massiven Finanzprobleme werden durch intransparente Ablehnung und Verzögerungstaktik zum Nachteil der Künstler und überhöhten Schätzungen kompensiert.

Die Abgabepflicht ist in der Kreativbranche schwierig, denn viele Werke werden durch gemeinsames Schöpfen mehrerer Teilnehmer, Firmen und Kreativer erstellt. Künstler, die für Gesamt-kunstwerke - z.B. Videogames, Filmemacher - produzieren, müssen dann für die jeweils von ihnen Beschäftigten KSK Beiträge bezahlen. Das bedeutet wieder klare Vorteile für die großen Marktteilnehmer der Kreativbranchen - hier ist die finanzielle Ausstattung ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Selbst vermarktende Künstler müssen letztendlich für selbst hergestellte

und vertriebene Tonträger wiederum KSK Abgaben bezahlen.

Gerade in den Kreativbranchen sind Künstler saisonal immer wieder benötigt, Teile des Einkommens durch zusätzliche Jobs zu ergänzen. Wenn diese eine gewisse Höhe übersteigen, kündigt die KSK wieder.

Der Wiedereintritt in eine Krankenkasse als Privatperson ist dann finanziell kaum mehr zu meistern, zumal die Tarife für Freiberufler astronomisch hoch sind. Wer aus Krankheitsgründen oder sonstigen Gründen unter das Minimum fällt, wird dann wieder aus der KSK ausgeschlossen.

Eine deutliche Erhöhung des Bundeszuschusses mit entsprechenden Neuregelungen in der KSK ist eine echte Kreativförderung, welche sich auf breiter Basis niederschlägt und den modernen auch digitalen Lebensräumen von Kreativen Rechnung trägt. Hier unterstützt die Piratenpartei aus ihrem Grundgedanken der Teilhabe jedwede Verbesserung.

Darüber hinaus strebt die Piratenpartei eine vollständige Neuordnung des Rentensystems an. Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Ge-

sundheitskosten.

Damit verbessert sich auch insbesondere die Situation der Freien Berufe und der Künstlerinnen und Künstler stark.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zu grunde?

Viele Künstler arbeiten nicht ausschließlich künstlerisch/freiberuflich nach der derzeitigen Steuergesetzgebung und schreiben ihre Rechnungen entweder mit 7% für eine künstlerische Dienstleistung oder mit 19% für eine Dienstleistung im künstlerischen Bereich, sofern die Rechnung nicht gemäß § 19 UStG ohnehin ohne Umsatzsteuer gestellt wird.

Das führt im buchhalterischen Alltag eines Künstlers oft zu Unsicherheiten und im Zweifel zu Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt. Hier gilt es Klarheit zu schaffen, deswegen fordern wir eine generelle Umsatzsteuerbefreiung für unmittelbar an künstlerischen Werken beteiligte Mitarbeiter, sofern sie freiberuflich tätig sind. Kulturschaffende, welchen ihren Lebensunterhalt mit kreativer und artbezogener technischer Arbeit bestreiten, sind für die Piraten Künstler.

Kaum ein Kreativschaffender kann heutzutage sich ausschließlich über seine unmittelbare kreative Tätigkeit finanzieren, dem muss Rechnung getragen werden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Ba-

sisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Die Piratenpartei steht grundsätzlich für eine breite und wie im Grundsatzprogramm dargestellt, polyzentrische Förderung aller Kulturformen ohne von Staats wegen den Menschen vorgeben zu wollen, was diese als Kultur nun zu empfinden haben oder nicht. Der zur Zeit vorherrschenden Praxis der Förderung von "Leuchtturmprojekten" muss ganz klar die Forderung nach einer breiten Förderung aller Kulturformen in vielen Projekten entgegengestellt werden.

Die jetzige Förderung des Bundes darf man getrost als Witz bezeichnen. Da es nun keine bundesweit einheitliche Aufgabenstellung für eine ebensolche Förderung gibt, ist es sehr schwierig hier politische Hebel in Bewegung zu setzen.

Deswegen gilt es hier erst einmal Transparenz in die bereits vorhandenen kulturpolitischen Maßnahmen in der Kinder- und Jugendpolitik zu bringen um erkennen zu können, wo welcher Bedarf herrscht.

Zur Zeit gibt es 21 Förderprogramme welche oft in nicht nachvollziehbarer Weise Fördermittel an Verbände insbesondere kirchlicher Organisationen oder Gewerkschaften ausschütten. Unabhängige Jugendprojekte haben nahezu keine Chance an diesen Fördergeldern zu partizipieren. Hier gilt es Möglichkeiten zu schaffen bevorzugt viele kleine Projekte zu fördern anstatt einzelne große Aktionen. 21 Förderprogramme verteilt auf die Bundesrepublik erscheinen da eher wie eine Rechtfertigung denn eine plan- und sinnvollen Förderung.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kul-

tur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Hier gilt es zuerst Transparenz in die gängige Praxis zu bringen. Grundsätzlich sollten die Budgets nicht mit hanebüchenen Begründungen für kulturfremde Zwecke missbraucht werden. Oft werden zum Beispiel Kulturetats für Fremdenverkehrsprojekte zweckentfremdet. Es sollten klare Verhältnisse geschaffen und Kultur um Ihrer selbst Willen gefördert werden. Bei einem Einsatz von letztenendes zweckfremden Budgets aus der Struktur oder Beschäftigungsförderung werden wieder politische Forderungen angeknüpft, welche dort nichts zu suchen haben.

Um dies auszugleichen, müssen die Kulturförderungsbudgets entsprechend ausgestattet sein und deren Verteilung transparent und demokratisch erfolgen.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Wir sehen die Notwendigkeit überhaupt erst einmal an vielen kommunalen Stätten Kulturförderung zu initiieren oder zu erhalten. Die Kommunen sind hoffnungslos verschuldet und sparen immer zuerst an der Jugendarbeit und der Kultur. Kultur muss als Identifikationsmerkmal einer Gesellschaft derart übergeordnet gefördert werden, dass die eigenständige Gewichtung durch die Kommunen dem gegenüber verantwortet werden muss. Die Piratenpartei steht für eine Förderung vieler kleinerer eigenständiger Projekte anstelle von "Leuchtturmprojekten", welche eher der Profilierung Einzelner dienen anstatt Kultur vielen Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Die Piratenpartei setzt sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, das die Existenz aller Menschen in Deutschland sichert, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Ein solches verbessert die Lage freier Künstlerinnen und Künstler substantiell, und begünstigt damit die Kontinuität künstlerischer Arbeitsprozesse und die Bildung freier und tatsächlich unabhängiger Ensembles. Zur strukturellen Förderung im Kunstbereich hat der Parteitag noch keine Beschlüsse gefasst.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente

(etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Im Zuge des lebenslangen Lernens muss das Bildungssystem offen sein für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten für alle Altersgruppen. Dabei sollte sich das Weiterbildungsangebot nicht primär an der besseren Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausrichten, sondern vor allem an den individuellen Bedürfnissen. Die Piratenpartei sieht daher die Pflicht, lebenslanges Lernen zu fördern: durch die Bereitstellung kostenfreier zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterials und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr

Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.

Die Piratenpartei setzt sich weiterhin dafür ein, die BAföG-Leistungen durch ein Bildungsgrundeinkommen zu ersetzen. Dieses Bildungsgrundeinkommen sichert das Einkommen derer, die eine Ausbildung, ein Studium oder eine Fortbildung absolvieren, aber keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Eine intensive Kommunikation zwischen den gesellschaftlichen Akteuren ist in allen Politikfeldern die Voraussetzung dafür, dass tatsächlich gute und für alle sinnvolle Lösungen gefunden werden. Dies gilt selbstverständlich auch im Bereich der Kunstförderung und in Hinblick auf einen engen Dialog mit den Künstlerverbänden.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Die maßgeblich durch öffentliche Gelder geförderten Kulturerlebnisse Theater, Tanz, Oper und Konzert haben für die Piratenpartei auch als medial aufbereitete und archivierte Zeugnisse kultureller Geschichte noch einen großen Wert. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für die umfassende Aufzeichnung und unbeschränkte digitale Verfügbarmachung dieser Zeugnisse ein. Gerade die Archivdokumente dürfen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Wir unterstützen und fördern nationale und europäische Digitalisierungsprogramme wie beispielsweise die Europeanana, die ihre Digitalisate und Derivate unter Creative Commons Lizenz stellen, da durch diese Lizenz die Nutzungsregelungen für Nach- und Weiternutzer klar geregelt ist - im Sinne der Urheber und im Sinne der Nutzer*innen. Wir wollen des weiteren die Rechte der Urheber*innen gegenüber den Verwertern stärken. Im Fall von institutionalisiertem Theater sind das die Rechte der Künstler*innen gegenüber den Theaterinstitutionen und den Theaterverlagen. Die oft horrenden Summen, die bei Aufzeichnung oder Onlineverbreitung von Inszenierungen an die Theaterverlage gezahlt werden müssen, sieht die Piratenpartei als anachronistisch und inakzeptabel an. Als gesellschaftlich relevante Institution muss es Theatern gestattet sein, auch im digitalen Diskurs mit den künstlerischen Erarbeitungen vorzukommen.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Ver-

anstaltungsformate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Die Darstellenden Künste tragen maßgeblich zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur europäischen Integration bei. Kulturelle Vielfalt und eine starke europäische Zivilgesellschaft sind der Piratenpartei ein ganz besonderes Anliegen. Eine Gesellschaft wird immer nur so stark sein, wie ihre kulturelle Entwicklung es zulässt.

Als Neuling im Deutschen Bundestag ist die Piratenpartei auf einen intensiven Dialog mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren angewiesen, um geeignete Maßnahmen zu identifizieren, die eine Stärkung dieser Bereiche in der Zukunft sicherstellen.

18. Wie stehen Sie zur Zusage einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

[Im Übrigen verweist die Piratenpartei auf ihre Antworten auf die Fragen des

Deutschen Kulturrates, aus denen die grundsätzlichen kulturpolitischen Standpunkte der Partei entnommen werden könnten; siehe unter www.kulturrat.de]

SPD

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück schreibt in seinem Vorwort zur Kultur-Broschüre „Für eine neue Kulturpolitik!“: „Nicht zuletzt spielen Kunst und Kultur eine entscheidende Rolle bei der Aufgabe, die ich für die wichtigste überhaupt halte: den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“ Damit beschreibt er die auch im Regierungsprogramm der SPD formulierte Haltung der SPD zu Kunst und Kultur und zur Bedeutung der Kulturpolitik in unserer Partei:

„Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zuerst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Künstlerinnen und Künstler im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können.“ (Regierungsprogramm der SPD)

Die in der 17. Legislaturperiode von der SPD im Deutschen Bundestag eingebrachten Initiativen berücksichtigen in wesentlichem Maße die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, deren Abschlussbericht aus unserer Sicht ein kulturpolitischer Meilenstein war und nach wie vor ist. Insbesondere im Bereich der Darstellenden Künste haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Handlungsempfehlung zur Gründung der Stiftung TRANSITION TANZ umgesetzt, aber auch die Förderung der Geschäftsstelle des Bundesverbandes Freier Theater und die Mittel für die Förderung innovativer und zeitgenössischer Kunst- und Kulturprojekte durch die Kulturstiftung des Bundes und die dort angesiedelten Förderfonds, insbesondere den Fonds Darstellende Künste, im Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) verankert werden.

Zudem haben wir uns u.a. für eine Stabilisierung der Künstlersozialversicherung – die durch die aktuelle Entscheidung der schwarz-gelben Koalition ernsthaft gefährdet wird -, die Anpassung der Arbeitslosenversicherung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Kultur- und Kreativschaffenden und die Umsatzsteuerbefreiung für Bühnenschauspielerinnen und -choreografen – allesamt Instrumente und Rahmenbedingungen, die den Darstellenden Künsten direkt und indirekt zugute kommen.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufen insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Die SPD ist der Auffassung, dass die solidarische soziale Sicherung gegenüber

der Art der Erwerbstätigkeit neutral sein sollte:

Der Zugang zu den Sozialversicherungen – und damit die Absicherung gegenüber den elementaren Risiken des Lebens – muss unabhängig davon möglich sein, ob eine Erwerbstätigkeit als abhängig Beschäftigter oder Selbständiger ausgeübt wird.

Selbständige müssen unter den gleichen Voraussetzungen wie andere Personen auch Zugang zu den Sozialleistungen des SGB III und des SGB II haben und dürfen dabei weder benachteiligt noch besser gestellt werden als andere Gruppen Arbeitsuchender. Wir setzen uns für einen besseren Zugang zur Arbeitslosenversicherung im Rahmen des Versicherungspflichtverhältnisses auf Antrag ein. Wir wollen schrittweise die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freierwerdende Mittel werden wir für die Weiterentwicklung nutzen, denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet werden, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit.

Bereits gegenwärtig besteht eine allgemeine Krankenversicherungspflicht. Wir wollen die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln: Für Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen. Die Beitragsregelungen für Selbständige sollten so gestaltet werden, dass die Beiträge erschwinglich sind.

Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbstätigen weiter entwickeln. In einem ersten Schritt sind alle Selbständigen einzube-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

ziehen, die bislang nicht obligatorisch Altersvorsorge betreiben. Dabei sprechen wir uns für einkommensgerechte Beiträge aus, da so einerseits vermieden wird, dass durch Pauschalbeiträge eine Überlastung von Personen mit geringem Einkommen stattfindet, und andererseits eine zu geringfügige Vorsorge stattfindet. Bei der Beitragszahlung soll durch flexible Beiträge der besonderen Einkommenssituation von Selbständigen Rechnung getragen werden. Die Künstlersozialversicherung, die Kulturschaffenden auch mit einem geringen Einkommen eine soziale Absicherung ermöglicht, ist aus Sicht der SPD ein notwendiges System der sozialen Sicherung.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe / Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

Bereits vor Jahrzehnten wurde das Umsatzsteuerrecht auf europäischer Ebene harmonisiert. Rechtsveränderungen der sogenannten Mehrwertsteuersystemrichtlinie zu Lasten der freien Kulturberufe und Künstler gab es zuletzt nicht. Doch stellten Finanzgerichte wiederholt fest, dass Deutschland das verbindliche europäische Recht – auch im Kunstbereich – nicht vollständig umgesetzt hat. Die daraus folgende Rechtsunsicherheit ist unzumutbar für die betroffenen Kunstschaffenden.

In Regierungsverantwortung will die SPD der Entwicklung auf Ebene der Gesetzgebung und des Verwaltungsvollzugs begegnen. Zu überprüfen ist, ob das geltende deutsche Umsatzsteuer-

recht den zwingenden europäischen Vorgaben entspricht. Bei Bedarf soll die Regierung dem Deutschen Bundestag Rechtsänderungen vorschlagen. Die Möglichkeiten zur steuerlichen Begünstigung der Kulturschaffenden, die die Mehrwertsteuersystemrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt, sind dabei zu beachten. Parallel muss das Bundesfinanzministerium gegenüber den Landesfinanzbehörden nachdrücklich auf einen bundesweit gleichmäßigen Gesetzesvollzug hinwirken.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Die SPD begrüßt die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten ausdrücklich. Daraus erwächst der kulturelle Reichtum in unserem Land, davon lebt die kulturelle Vielfalt. Im 150sten Jahr der Sozialdemokratie sei an die Impulse der SPD für eine neue Kulturpolitik in den 70er Jahren erinnert, als anhand eines erweiterten Kulturbegriffs die Zusammenhänge zwischen Kultur- und Sozial-, Stadt- und Bildungspolitik unter den Überschriften „Kultur für alle“, „Bürgerrecht Kultur“ und „Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik“ hergestellt wurden. Darauf aufbauend haben sich viele der heute tragenden Strukturen kultureller Arbeit vor Ort entwickelt.

Umso bedenklicher ist die dargestellte schwierige finanzielle Situation vieler Kommunen, die dazu führt, dass die kulturelle Infrastruktur in ihrer Breite und Vielfalt vielerorts gefährdet ist. Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die kommunale Finanzkraft nachhaltig stärken. Das ist ein zentrales Projekt der SPD. Es geht hierbei auch um die Sicherstellung eines reichen

und guten kulturellen Angebots. Wir wollen einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen und die Entlastung der Kommunen von steigenden Sozialausgaben erreichen. Die so frei werdenden finanziellen Spielräume helfen den Kommunen, die ihnen ureigenen Aufgaben wie bspw. die öffentliche Kulturförderung wahrzunehmen. Dabei dürfen diese sog. freiwilligen Leistungen nicht untereinander oder gegen Pflichtleistungen ausgespielt werden.

Grundsätzlich gibt es mit dem Fonds Darstellende Künste, der Kulturstiftung des Bundes, dem Hauptstadtkulturfonds und anderen Programmen, Initiativen und Einrichtungen des Bundes bereits eine Reihe von kulturpolitischen Instrumenten, die Darstellenden Künste in ihrer wichtigen Arbeit vor Ort zu unterstützen. Mit zu bedenken sind zudem die Städtebauförderung und Programme wie Soziale Stadt, die das Lebensumfeld der Menschen auch in kultureller Hinsicht verbessern und die wir deshalb wieder stärken wollen, nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mittel dafür massiv gekürzt hat. Zur Förderung von kulturellen Minderheiten gibt es auf Bundesebene ebenfalls bereits eine Reihe von Förderprogrammen, die wir fortsetzen wollen.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Wie bereits dargestellt, bedarf es gerade bei der Stärkung der Kommunen und ihrer Aufgaben eines ressortübergreifenden Ansatzes, der eben auch die Zusammenhänge zwischen Kultur, Sozialem, Bildung und Stadtentwicklung im

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Blick hat. Für einen solchen übergreifenden Ansatz steht die SPD. Dabei sind auch der Einsatz von Mitteln der Struktur- und Beschäftigungsförderung für die Kultur zu bedenken. Dafür gibt es bereits erfolgreiche Beispiele.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?

Ja

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensembles schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Die in der Projektförderung verankerte Befristung der Zuwendung ermöglicht es einerseits, immer wieder auch Neuem und Innovativem die Chance zu geben, sich auszuprobieren, begrenzt andererseits gleichwohl die längerfristigen Perspektiven, sich auch zu entwickeln und zu etablieren. Im Kreativpakt, einem Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik mit dem Ziel, bessere Bedingungen für die Kultur- und Kreativschaffenden zu formulieren, haben wir vorgeschlagen, neben den gewachsenen Strukturen von institutioneller Förderung und Projektförderung in Modellprojekten die Förderung von kultureller Infrastruktur und künstlerischen Konzepten in Bereichen zu testen, in denen es passend ist. Diese sollten so konzipiert sein, dass sie über mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen mit begleitender Evaluation abgesichert werden. Mit solchen Strukturen könnten auch Projektförderungen – die zwar teilweise regelmäßig fortgesetzt, gleichwohl aber einer Unsicherheit (abgesehen von dem alljährlichen bürokratischen Aufwand der Antragstellung) unterliegen – und damit insbesondere den Künstlerinnen und Künstlern eine län-

gerfristige Perspektive und damit Kontinuität gegeben werden.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Zum Verständnis hinsichtlich Projektförderung siehe Antwort auf Frage 7.)

Die SPD tritt dafür ein, dass bei der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln im Kulturbereich auf die soziale Qualität der Arbeitsbedingungen von Kultur- und Kreativschaffenden geachtet wird. Der Bund trägt mit seinem Anteil an der öffentlichen Kulturförderung (dem aktuellen Kulturfinanzbericht 2012 zufolge 13,4 Prozent) in Höhe von 9,1 Mrd. Euro eine besondere Verantwortung. Das Einhalten von Tarifverträgen – und damit verbunden auch die Anpassung der Zuwendungen für öffentlich geförderte Institutionen und Projekte bei Tarifsteigerungen –, soziale Mindeststandards und die Zahlung von Mindesthonoraren bei der Fördermittelvergabe sollten selbstverständlich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Förderkriterien der Kunst- und Kulturförderung des Bundes die Einhaltung bestehender Tarifverträge und sozialer Mindeststandards verbindlich gemacht werden.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie

den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Die SPD hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen wiederholt dafür eingesetzt, die Mittel für die Förderung innovativer und zeitgenössischer Kunst- und Kulturprojekte durch die Kulturstiftung des Bundes und die dort angesiedelten Förderfonds, insbesondere die Fonds Darstellende Künste und Soziokultur zu erhöhen, damit gemäß ihres Auftrages mehr Projekte realisiert werden können. Eine solche Erhöhung der Mittel dient auch dazu, eine auskömmliche Projektfinanzierung im Sinne der in Antwort auf Frage 8.) beschriebenen sozialen Standards zu ermöglichen.

Um eine Differenzierung der Förderinstrumente insbesondere bezogen auf Mehrjährigkeit zu erreichen, wollen wir, wie in der Antwort auf Frage 7.) beschrieben, Modellprojekten zur Förderung von kultureller Infrastruktur und künstlerischen Konzepten in Bereichen testen, in denen es passend ist.

10. Ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?

Die in diesen Fragen verankerten Aspekte der Kooperation zwischen Bund und Ländern, als auch der Gewichtung zwischen einzelnen Förderbereichen erfordert eine grundsätzliche Neuausrichtung der Kulturförderpolitik des Bundes. Im Abschlussbericht der

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde dazu mit der Forderung nach einer Kulturentwicklungsplanung bzw. einer Kulturförderkonzeption des Bundes bereits ein Vorschlag unterbreitet, den die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht aufgegriffen hat. Doch es finden viele Veränderungen statt (Kulturinteressen pluralisieren sich, demografische Wandel, zunehmende Finanzknappheit), weshalb sich auch die Rahmenbedingungen der Kulturpolitik verändern und ein Nachdenken über die Strukturen und Instrumente der Kulturförderung notwendig machen.

Die SPD im Deutschen Bundestag hat sich die Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission in dieser Wahlperiode zu Eigen gemacht und begonnen, die Möglichkeiten konzeptorientierter Bundeskulturpolitik in einem beispielhaften Bereich auszuloten: der Musikförderung. Mit einer Großen Anfrage zur „Musikförderung durch den Bund“ (BT-Drs. 17/7222) haben wir zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Förderung erwirkt und interessante Antworten erhalten. So stellt sich die Musikförderung des Bundes als historisch gewachsen dar, verfolgt keine klaren Ziele und zeigt nur vereinzelt Gestaltungswillen. Vielmehr gleicht sie in vielen Bereichen einer einfachen Fortschreibung von Förderentscheidungen. Dies hat zu einem Ungleichgewicht zwischen der Förderung des musikalischen Erbes und der zeitgenössischen musikalischen Ausdrucksformen geführt.

Wie sich neue kulturpolitische Ansätze entwickeln lassen, haben wir mit einem Gutachten für Grundlagen einer konzeptbasierte Musikförderung Anfang Juni 2013 aufgezeigt. Diesen Diskurs, der dann auch grundsätzliche Fragen der Kooperation zwischen Bund und Ländern, als auch der Gewichtung zwischen einzelnen Förderbereichen beinhalten muss, werden wir in der neuen Legislaturperiode fortsetzen. Denn es wird nicht zuletzt angesichts knapper öffentlicher Mittel notwendig

sein, die Förderaktivitäten zwischen Bund, Ländern und Kommunen stärker als bislang miteinander abzustimmen und im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten zu setzen, bspw. für mehr Engagement für die freie Szene.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Die Berufe in der Kreativwirtschaft in Deutschland sind eine Wachstumsbranche, die wie andere Marktsegmente auch, dem gesellschaftlichen Wandel unterworfen ist. Die damit verbundenen Bedarfe in der Kreativwirtschaft und somit ganz konkret auch die der Tanz- und Theaterschaffenden hat die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres „Projekts Zukunft – Deutschland 2020“ mit dem Kreativpakt einem breiten gesellschaftlichen Dialog zugänglich gemacht.

Die Erkenntnisse dieser Auseinandersetzung mit den Fragen zu Veränderungen und Problemen in der Kreativwirtschaft haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Forderungen gefunden. Diese Forderungen umfassen unter anderem auch neue Maßstäbe die an die Ausbildung- und Weiterbildung in künstlerischen Berufen anzulegen sind. Danach sind ganz klar die Fördermaßnahmen an die Bedürfnisse der Kreativschaffenden anzupassen.

So fordert die SPD, die flankierenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Kreativberufe zu verbessern und auszubauen, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Hier ist vor allem die Wirtschaft gefordert, die Potenziale der Kulturschaffenden zu erkennen und zu fördern.

Grundlegende Aus- und Weiterbildungsanforderungen an Kreativschaffende sind hoch und schwer zu formulieren, nicht alles kann in Kreativberufen erlernt werden. Was aber an erlernbaren Techniken und Kenntnissen vermittelt werden kann, soll auch in der Breite zur Verfügung stehen. Hier können auch die originären Instrumente der Bildungspolitik eingreifen. In der Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen und den Verbänden sind Angebote zur Aus- und Weiterbildung zu erarbeiten, die zielgenau unterstützen können.

Aus bildungspolitischer Perspektive sind im schulischen wie auch im hochschulischen Kontext das Kooperationsverbot abzuschaffen, damit Bund und Länder gemeinsam an der Verwirklichung von Bildungsprojekten arbeiten können.

Die SPD verlangt die weitere Öffnung, den weiteren Ausbau und die Weiterentwicklung des BAföG, so dass sowohl für grundständige Ausbildungen wie auch für spezialisierte Weiterbildungsmaßnahmen, in Form des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, Mittel für die berufliche Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehen. In unserem Regierungsprogramm wird darüber hinaus gefordert, mit den Tarifpartnern Weiterbildungsfonds zu vereinbaren, die die Finanzierbarkeit des lebenslangen Lernens in den Branchen sicherstellen sollen. Für eine breitere Förderung von Aus- und Weiterbildung durch den Bund wird es gleichwohl notwendig sein, einen echten kooperativen Bildungsföderalismus zu verwirklichen, was von der Union aber leider blockiert wird.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Die SPD ist sehr an einem offenen Austausch mit Vermittlern der Interessen

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

der Kultur- und Kreativschaffenden interessiert. Wir wünschen uns auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste, die ein wichtiges Sprachrohr sind. Auch deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass bspw. die Geschäftsstelle der Bundesvereinigung Freier Theater aus Mitteln des Bundes unterstützt wird.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Die Mediathek für Tanz und Theater im Mime Centrum Berlin im Kunstquartier Bethanien zeigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, die künstlerische Arbeit in Tanz und Theater zu dokumentieren, um darauf aufbauend Informationen und Kontakte für neue Entwicklungen zu ermöglichen. Auch deshalb unterstützen wir die Förderung dieses Projektes mit Mitteln des Bundes. Bezogen auf einen größeren Kontext wie dem ebenfalls aus Bundesmitteln unterstützten Projekt der Deutschen Digitalen Bibliothek wird es darauf ankommen, das kulturelle Erbe insgesamt zu betrachten und zu klären, wie wir dieses wichtige gesellschaftliche Archiv wahren können. Im Antrag der SPD im Deutschen Bundestag „Kulturelles Erbe 2.0“ – Digitalisierung von Kulturgütern beschleunigen“ (BT-Drs. 17/6296) werden die in der Frage angesprochenen Herausforderungen bzgl. Urheberrecht und Digitalisierungsstrategie ebenfalls kritisch angesprochen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat es versäumt, ein Digitalisierungskonzept zu erarbeiten, welches neben den Kosten und Standards der Digitalisierung auch das kulturelle Erbe Tanz und Theater berücksichtigt.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Im Kreativpakt der SPD spielt der Zusammenhang zwischen Kunst, Kultur und Kreativität auf der einen sowie Markt und Ökonomie auf der anderen Seite eine zentrale Rolle. Dabei geht es uns darum, die Chancen und Möglichkeiten für mehr Arbeitsplätze, Wachstum, kulturelle Vielfalt und Innovation zu befördern, die in diesem produktiven Wechselspiel zwischen Ökonomie sowie Kunst, Kultur und Kreativität – sonst oft als Gegensatz empfunden – liegen.

Öffentliche Kulturförderung gibt der Kultur den notwendigen, geschützten Raum, unterstützt und stärkt aber auch gleichzeitig Kultur- und Kreativschaffenden darin, ihre Projekte zu realisieren. Zudem stellt der Staat in Form von Musikschulen, Bibliotheken, Theatern, soziokulturellen Zentren und anderen Kultur- und Wissenseinrichtungen eine öffentliche Infrastruktur bereit, in der sich Begabungen entfalten können und die immer auch Nährboden für künstlerisches und kreatives Schaffen sind. Insofern ist für uns Kulturförderung zugleich auch Impulsgeber und Katalysator für die Ideen, von denen die Kultur- und Kreativwirtschaft lebt.

In diesem Verständnis sollen die dafür geeigneten Instrumente der Kultur- und Wirtschaftsförderung für die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft geöffnet werden, damit künstlerische Arbeit und

kreative Leistungen besser vermarktet sowie Arbeitsplätze und angemessene Einkommen entstehen können. Neben vielen anderen Vorschlägen im Kreativpakt wäre es bspw. notwendig, die Fördermöglichkeiten der Kultur- und Wirtschaftsförderung in einer öffentlich geförderten Datenbank übersichtlich und transparent darzustellen.

Der Kreativpakt formuliert – im Unterschied zum Konzept der schwarz-gelben Bundesregierung – ein umfassendes Angebot und Konzept, welches die verschiedenen Bausteine, die zu einer gezielten und ressortübergreifenden Entwicklung dieser Branche gehören, konsistent zusammenführt. Gefragt wird danach, was gebraucht wird, auch um der Heterogenität der Branche und ihrem Selbstverständnis zu entsprechen. Damit formuliert der Kreativpakt eine Plattform und ein Konzept, um als Sprachrohr und Vermittler in die Politik zu wirken. In diesem umfänglichen Sinn müssen die Handlungsfelder zur Förderung der Kreativwirtschaft im Urheberrecht, der sozialen Sicherung, der Kultur- und Wirtschaftsförderung, der Bildung und der Netzpolitik zusammenfassend betrachtet werden.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals / Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsfomate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

Siehe Antwort auf Frage 16.

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Bezüglich der Öffnung öffentlicher Förderinstrumente für die Belange der Kul-

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

tur- und Kreativwirtschaft wird im Kreativpakt vorgeschlagen, Festivals und Messen sowohl national, als auch international als wichtige Plattformen für die Präsentation, Vermarktung und Vernetzung aller künstlerischen Sparten und kreativwirtschaftlichen Branchen stärker als bislang in den Blick zu nehmen. Diesen Vorschlag wollen wir umsetzen.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Gerade in der Krise spielen Kunst und Kultur in Europa eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen: Dem Kampf um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gegen Renationalisierungstendenzen in Europa. Solidarität zwischen den Menschen wächst nicht allein aus vertraglichen Verpflichtungen. Die europäische Integration ist und war immer auch eine kulturelle Aufgabe, bei der die Darstellenden Künste einen wichtigen Beitrag zur Integration und Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, der Stärkung der Zivilgesellschaft und letztlich auch zur demokratischen Willensbildung leisten können.

Öffentliche Kulturförderung soll individueller und gesellschaftlicher Reflexion und Gestaltung den notwendigen, geschützten Raum geben. Trotz dieser wichtigen gesellschaftlichen Funktionen stehen wir zum Eigenwert von Kunst und Kultur, der sich nicht an wirtschaftlichem oder politischem Nutzen messen lässt. So verstehen wir auch die Aufgabe europäischer Kulturförderung und haben uns deshalb in der Diskussion um die Fortsetzung der europäischen Kulturprogramme nach 2013 unter dem Dach des Programms „Kreatives Europa“ dafür eingesetzt, dass der Doppelcharakter von Kulturgütern stärker betont wird. Sie sind Wirtschaftsgüter, haben aber auch einen Ei-

genwert. Sinn und Grundgedanke eines europäischen Kulturprogramms müssen auch in Zukunft der europäische Kulturraum, die europäische Identität, die kulturelle Vielfalt und der grenzüberschreitende Dialog mit den Mitteln und der Sprache der Kultur bleiben. Dabei spielen Darstellende Künste eine wichtige Rolle.

Damit Europa seiner Aufgabe hierbei gerecht werden kann, braucht es entsprechende finanzielle Mittel. Das maßgeblich von der Bundesregierung vorangetriebene Zusammenstreichen des EU-Haushalts stellt eine Gefahr auch für die europäische Kulturförderung dar. Grundsätzlich sind starke öffentliche Finanzen die Grundlage einer öffentlich geförderten Kulturlandschaft. Wir setzen uns deshalb für eine solide Einnahmeseite, d.h. ausreichende Steuereinnahmen ein.

18. Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Erfolgreich beantragte EU-Projekte sollen nicht an einer fehlenden nationalen Komplementärfinanzierung scheitern. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass noch immer viele kreative Ideen nicht umgesetzt werden können, weil es oft an betriebswirtschaftlichem Kapital fehlt. Europäische Förderinstrumente sind mittlerweile für viele nationale Projekte zu einem wichtigen Baustein der Finanzierung geworden. Um diese zukünftig noch stärker nutzen zu können, sollten entsprechende Instrumente der Komplementärfinanzierung geprüft werden.

Plattform Darstellende Künste

Vorstellung der beteiligten Verbände

Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT)

Der Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) ist einer der größten Interessenverbände für die Darstellenden Künste in Europa. Als öffentlich anerkannter und geförderter Dachverband vertritt der BDAT das deutsche Amateurtheater auf nationaler und internationaler Ebene in Kunst, Kultur, Politik und Gesellschaft. Ihm gehören 16 Landesverbände, der Verband Deutscher Freilichtbühnen (VDF), die Arbeitsgemeinschaft Mundart-Theater Franken sowie weitere Organisationen an. Die Basis seines kultur- und bildungspolitischen Handelns bilden rund 2.400 Theatergruppen, die sich über die Mitgliedsverbände dem BDAT angeschlossen haben; darunter sind mehr als 500 Kinder- und Jugendtheatergruppen sowie rund 75 Seniorentheatergruppen aktiv. Der BDAT versteht sich als Repräsentant und Förderer der vielfältigen Ausdrucksformen der Darstellenden Künste in Deutschland und seiner unterschiedlichen Zielgruppen. Dem Dialog zwischen den Generationen wird eine ebenso große Bedeutung beigemessen wie der Zusammenarbeit zwischen den ehrenamtlich engagierten Amateuren und dem professionellen Theater. Auf

dieser Basis initiiert der BDAT Orte des kulturellen und künstlerischen Dialogs und fördert die kulturelle Identität des Einzelnen. Seinen Mitgliedsbühnen bietet der Verband zahlreiche Fort- und Weiterbildungsprogramme, ein breites Service- und Beratungsangebot sowie Fördermöglichkeiten für internationale Spielbegegnungen im In- und Ausland. Seit 2010 vergibt der BDAT den Deutschen Amateurtheater-Preis »amarena« in fünf Sparten.

Vereinsgründung: 1892

Mitglieder: 18 Mitgliedsverbände, rund 2.400 Theaterensembles

Zuwendungsgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bund Deutscher Amateurtheater e.V.
Lützowplatz 9, 10785 Berlin
berlin@bdat.info
www.bdat.info

Bundesverband Freier Theater e.V. (BUFT)

Der Bundesverband Freier Theater (BUFT) ist der Dachverband der Landesverbände der Freien Tanz- und Theaterschaffenden in Deutschland. Er vertritt auf Bundesebene die Interessen der deutschlandweit insgesamt rund 1.500 Freien Gruppen (Solo-Theater, Gruppen und Theaterhäuser). Dazu berät er die deutsche Kultur- und Sozialpolitik in allen Fragen zu den Freien Darstellenden Künsten. Seit nunmehr über 20 Jahren ist der Bundesverband eine wirksame Interessenvertretung Freier Darstellender Künste in Deutschland. Heute gehören ihm in 15 Landesverbänden über 1.000 Mitgliedsgruppen aus allen Bundesländern an. Mitglieder und Interessierte erhalten den regelmäßigen Informationsdienst OFF-

INFORMATIONEN mit aktuellen Hinweisen zu Ausschreibungen, Spielorten, Festivals, Aus- und Fortbildungen und Sachfragen. Unverzichtbar ist vielen inzwischen auch der fortlaufend aktualisierte Ratgeber »Survival Kit – Freies Theater und Freier Tanz«. Der Bundesverband arbeitet im engen Austausch mit nationalen und internationalen Dachverbänden wie u.a. Internationales Theaterinstitut (ITI), Deutscher Kulturrat, Kulturpolitische Gesellschaft, Bundesverband Theater im öffentlichen Raum, Dachverband Tanz Deutschland, Verband Deutscher Puppentheater oder den Partnerverbänden in Österreich und der Schweiz. Faire und transparente Förderstrukturen sind ein wichtiges Anliegen des Bundesverbandes. Daher gehört die Beratung öffentlicher und privater Förderer zur Entwicklung und Arbeit der Szene ebenfalls zu seinen Aufgaben.

Vereinsgründung: 1990

Mitglieder: 15 Landesverbände und assoziierte Fachverbände mit über 1.000 direkten Mitgliedern (Einzelnkünstler, Gruppen, Häuser)

Zuwendungsgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bundesverband Freier Theater e.V.
Marianneplatz 2, 10997 Berlin
post@freie-theater.de
www.freie-theater.de

Bundesverband Theater im Öffentlichen Raum e.V.

Theater im öffentlichen Raum erreicht in Deutschland und international Jahr für Jahr ein Millionenpublikum. Zahlreiche erfolgreiche Festivals und Veranstaltungsreihen zeugen von der vielfältigen künstlerischen Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum. Eine eigenständige Kunstform ist entstanden. Noch

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

fehlt es ihr in Deutschland, im Gegensatz zum europäischen Umland, an kulturpolitischer und künstlerischer Anerkennung. Darum haben sich Künstler, Produzenten, Organisatoren und Manager des Genres zusammengeschlossen und den Bundesverband Theater im Öffentlichen Raum e.V. gegründet. Der Verband versteht sich als Interessenvertretung und Netzwerk auf nationaler und internationaler Ebene.

Gegründet 2006, mit dem Ziel, Theater im öffentlichen Raum in Deutschland als eigenständiges Genre der Sparte Darstellende Künste zu etablieren, zu fördern und zu vernetzen. Als Interessenvertretung für professionelle Künstler, Produzenten, Agenten, Kreative, Techniker und Theaterliebhaber setzt sich der Bundesverband für die Anerkennung von Theater im öffentlichen Raum und für die Verbesserung seiner Produktions- und Präsentationsbedingungen ein.

Vereinsgründung: 2006

Mitglieder: 85 Ensembles und Künstler

Bundesverband Theater im Öffentlichen Raum e.V.

Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
info@theater-im-oeffentlichen-raum.de
www.theater-im-oeffentlichen-raum.de

Dachverband Tanz Deutschland e.V. (DTD)

Der Dachverband Tanz Deutschland - Ständige Konferenz Tanz arbeitet seit 2006 als bundesweite Plattform des künstlerischen Tanzes in Deutschland. Gegründet aus dem Bewusstsein der Akteure, dass der Tanz in der politischen Landschaft der Bundesrepublik mit einer Stimme sprechen muss, funktioniert der Dachverband Tanz heute

als Verbund der herausragenden Verbände und Institutionen für den Tanz – übergreifend über ästhetische Differenzen, unterschiedliche Produktionsweisen und spezifische Berufsfelder im Tanz. Zu den rund 40 Mitgliedern gehören mehrheitlich bundesweite Verbände und regionale Netzwerke sowie Institutionen (Archive, Produktionshäuser, Ensembles) und Persönlichkeiten des Tanzes.

Der Dachverband erarbeitet Positionspapiere und Konzeptionen für die Förderung des Tanzes in Deutschland, er realisiert Kampagnen für die Interessen der Tanzschaffenden.

Mit der Initiative Tanz ist es 2013 gelungen, zusätzliche Bundesmittel für Koproduktionen, internationale Gastspiele und die Tanzplattform Deutschland zu initiieren. Als innovatives Forum des Dialogs mit den Förderern wurde die „Initiative Tanzförderung Stadt / Land / Bund“ ins Leben gerufen. Hier diskutieren Vertreter von tanzengagierten Kommunen und Länder sowie des Bundes eine zukunftsweisende Tanzförderung.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Dachverbandes bilden Projekte für die Sichtbarkeit des Kulturerbes Tanz.

Vereinsgründung: 2006

Mitglieder: 40

Zuwendungsgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Dachverband Tanz Deutschland e.V.
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
info@dachverband-tanz.de
www.dachverband-tanz.de

Dramaturgische Gesellschaft e.V. (dg)

Die Dramaturgische Gesellschaft (dg) vereint Theatermacher aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Sie versteht sich als offene Plattform für den Austausch über die künstlerische Arbeit, die Weiterentwicklung von Ästhetiken, Produktionsweisen und nicht zuletzt über die gesellschaftliche Funktion des Theaters. Zu den Mitgliedern der (dg) zählen Theatermacher aus allen Genres und allen Organisationsformen des Theaters, egal ob Stadttheater oder freie Szene, sowie Verleger, Journalisten und Studierende.

Mit ihren Tagungen und Aktivitäten rund ums Jahr leistet die (dg) einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Positionsbestimmung des Theaters. Indem zu den Konferenzen stets auch zahlreiche "theaterfremde" Referenten eingeladen werden, befördert die dg den Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Disziplinen und setzt so neue Impulse für die künstlerische Arbeit.

Zwei zentrale Aktivitäten der (dg) sind die Organisation der Jahreskonferenz und die Herausgabe des Magazins dramaturgie. Einmal im Jahr veranstaltet die (dg) eine an wechselnden Orten stattfindende öffentliche Jahreskonferenz, zu der Referenten aus dem In- und Ausland eingeladen werden, sich in verschiedenen Formaten mit den Konferenzteilnehmern zu einem virulenten Thema der zeitgenössischen dramaturgischen Berufspraxis auszutauschen. Das Magazin dramaturgie greift die Themen der Jahreskonferenz in Form von schriftlichen und bildlichen Beiträgen auf.

Innerhalb der (dg) widmen sich die Arbeitsgruppen verschiedenen künstlerischen, gesellschaftlichen und berufspraktischen Themen. Außerdem verleiht die (dg) gemeinsam mit der Stadt Frankfurt/Oder, dem dort ansässigen

Plattform Darstellende Künste

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Dokumentation der Antworten

Kleist-Forum und den Ruhrfestspielen Recklinghausen den Kleist-Förderpreis für junge Dramatiker.

Gründung: 1956

Mitglieder: 600

Dramaturgische Gesellschaft e.V.
Mariannenplatz 2, 10992 Berlin
post@dramaturgische-gesellschaft.de
www.dramaturgische-gesellschaft.de

Fonds Darstellende Künste e.V.

Der Fonds Darstellende Künste ist auf Initiative der im Deutschen Kulturrat / Sektion Darstellende Künste vertretenen Mitgliedsorganisationen im Jahr 1985 als Verein bürgerlichen Rechts gegründet worden und fördert seit 1988 bundesweit herausragende und qualitativ anspruchsvolle Einzelprojekte und Projektkonzeptionen, die sich vor allem mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinandersetzen, neue ästhetische Versuchsanordnungen entwickeln sowie durch ihre Interaktionen mit dem Publikum modellhaft für das Freie Theater und den Freien Tanz in Deutschland stehen. Der Fonds hat sich zum Ziel gesetzt, allen Sparten der Darstellenden Künste des professionellen Freien Theaters und Tanzes mehr Geltung zu verschaffen und damit zur Weiterentwicklung einer vielgestaltigen Theater- und Tanzlandschaft beizutragen.

In seiner 26-jährigen Förderpraxis vergab der Fonds 13 Millionen Euro für 2.500 Einzelprojekte und Projektkonzeptionen in über 300 Kommunen. Dafür erhält er jährliche Zuwendungen vom Bund über die Kulturstiftung des Bundes in Höhe von 1.000.000 EUR. Eine breite Basis für die Wahrung der Interessen der Darstellenden Künste ist durch das vielgestaltige Spektrum der 15 Mitgliedsvereine, Verbände und Or-

ganisationen auf Bundes- und internationaler Ebene (die u.a. über 40.000 professionelle Theater- und Tanzschaffende Deutschlands, 2.200 Theatervereine und Amateurtheater, bundesweite Besucherorganisationen und internationale Netzwerke vertreten) sowie durch das 21 Fachleute umfassende und ehrenamtlich arbeitende Kuratorium gewährleistet.

Der Fonds hat seit 2005 maßgeblich wichtige nationale und internationale Symposien, Studien und Buchpublikationen initiiert und gemeinsam mit Partnern u.a. der „Plattform Darstellende Künste“ realisiert.

Seit 2010 vergibt der Fonds gemeinsam mit seinen Partnern jährlich den «George Tabori Preis» an herausragende Ensembles freier professioneller Theater- und Tanzschaffender mit insgesamt 40.000 Euro.

Vereinsgründung: 1985

Mitglieder: 15 Mitgliedsvereine, Verbände und Organisationen

Zuwendungsgeber: Kulturstiftung des Bundes

Fonds Darstellende Künste e.V.
Lützowplatz 9, 10785 Berlin,
info@fonds-daku.de
www.fonds-daku.de

Internationales Theaterinstitut Deutschland (ITI)

Das deutsche Zentrum des ITI engagiert sich als Teil der weltweit tätigen nicht-staatlichen Organisation International Theatre Institute unter dem Schirm der UNESCO auf nationaler und internationaler Ebene für die freie Entwicklung der Darstellenden Künste, für die Vielfalt ihrer Ausdrucksformen sowie für die Rechte der Theaterkünstler.

Das ITI ist in über 90 Ländern mit nationalen Zentren vertreten. In Deutschland zählen rund 200 Theaterkünstler

sowie Vertreter von Verbänden und Institutionen aus allen Bereichen der Darstellenden Künste zu den Mitgliedern des nationalen Zentrums.

Das ITI Zentrum Deutschland versteht sich als Kompetenzzentrum für internationale Theaterarbeit und als kulturpolitischer Mittler für die künstlerischen Akteure, als offene Plattform und als Ort der Debatte. Es verwirklicht seine Ziele, indem es Grundlagen und aktuelle Informationen über die nationale Theaterlandschaft und internationale Entwicklungen vermittelt, die Vernetzung künstlerischer Akteure fördert und Wissensaustausch, Beratung und Weiterbildung leistet.

Das Festival Theater der Welt – alle drei Jahre in einer anderen Stadt ausgerichtet – ist das herausragende Projekt und ein weithin sichtbarer Botschafter für die Leitlinien des ITI. Innerhalb des Festivals richtet das ITI jeweils eine eigene Werkstatt aus, die in den Projekten des ITI vorbereitet und weitergeführt werden. 2002 und 2005 setzte es mit Schauspiel-Workshops einen Schwerpunkt zu Theater in Konfliktregionen, 2008 untersuchte das choreografische Projekt „escalators“ Bewegung und Kontrolle im öffentlichen Raum und 2010 setzt sich die „Akademie für generationsübergreifendes Sehen“ mit Themen, Erzählweisen und Ästhetiken für ein junges Publikum auseinander.

Gründung: 1948 der Weltverband ITI, 1956 das Deutsche Zentrum West, 1991 Vereinigung der Zentren Deutschland West und Ost

Mitglieder: 30 Organisationen und 170 Einzelpersonen

Zuwendungsgeber: Kulturstiftung der Länder aus Mitteln der Ländergemeinschaft und des Sitzlandes Berlin, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien

ITI Zentrum Deutschland
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
info@iti-germany.de
www.iti-germany.de

Verband Deutscher Puppentheater e.V.

Der Verband Deutscher Puppentheater ist die berufsständische Vertretung der professionellen Puppen- und Figurentheater in der Bundesrepublik Deutschland und wurde 1968 gegründet. Die fachliche, rechtliche, kulturpolitische und soziale Vertretung der beruflichen Interessen seiner Mitglieder sowie der Austausch von Informationen, die Vermittlung von Kontakten und Diskussionen über künstlerische Entwicklungen gehören zu den Hauptaufgaben des Verbandes. Der VDP setzt sich für die gemeinsame Verwirklichung der kulturellen und sozialpädagogischen Aufgaben des deutschen Berufspuppenspiels, die Erhaltung, Festigung und Fortentwicklung des deutschen Figurentheaters in all seinen traditionellen und zeitgenössischen Ausdrucksformen sowie für die Förderung von Aus-, Weiter- und Fortbildung des Berufsstandes und Beratung seiner Mitglieder ein. Der Verband

fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit auch mit gleichrangigen Künstlerverbänden und -organisationen. Er pflegt die enge Kooperation mit dem Weltverband der Puppenspieler UNIMA. Viele Mitglieder sind beratend oder leitend bei Festivals tätig und führen regionale Projekte, Seminare und Workshops durch. Der jährliche Bundeskongress des VDP findet Anfang Januar statt. Eine Figurentheaterwoche in der jeweils gastgebenden Stadt zeigt mit Theateraufführungen, Diskussionen und Vorträgen die Vielfalt des Metiers. Der VDP unterhält Archive und Sammlungen und ist Herausgeber der Theaterzeitschrift »Puppen, Menschen und Objekte«.

Vereinsgründung: 1968

Mitglieder: 138 Theater und Ensembles

**Verband Deutscher
Puppentheater e.V.**
Hagenweg 2a, 37081 Göttingen
info@vdp-ev.de
www.vdp-ev.de

Impressum

Herausgegeben durch den

Bundesverband Freier Theater e.V.
Mariannenplatz 2
10997 Berlin
www.freie-theater.de

in Zusammenarbeit mit:

Bund Deutscher Amateurtheater e.V.
Bundesverband Theater im öffentlichen Raum e.V., Dachverband Tanz Deutschland e.V., Dramaturgische Gesellschaft e.V., Fonds Darstellende Künste e.V., Verband Deutscher Puppentheater e.V., Zentrum BRD des Internationalen Theaterinstituts e.V. (ITI)

(Stand: 03.09.2013)

Text und Redaktion der Zusammenfassungen der Positionen der Parteien:
Thomas Engel, Michael Freundt,
Martin Heering, Suzanne Jaeschke,
Günter Jeschonnek, Stephan Schnell.

Alle Rechte für die Vorstellungstexte der an der Plattform Darstellende Künste beteiligten Verbände bei den jeweiligen Verbänden.

Die Beiträge der Parteien wurden im Wortlauf so wie an uns übermittelt dokumentiert. Alle Rechte bei den jeweiligen Parteien:

Bündnis 90 / Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
www.gruene.de

Christlich Demokratische Union (CDU)
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
www.cdu.de

Christlich-Soziale Union
in Bayern (CSU)
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Str. 64
80335 München
www.csu.de

Die Linke
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Freie Demokratische Partei (FDP)
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
www.fdp.de

Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a
10115 Berlin
www.piratenpartei.de

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD)
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
www.spd.de